Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1931

154 (7.7.1931)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

50 JAHRE

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig • Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark • Ohne Zustellung 2.20 Mark • Durch die Post 2.06 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstraße 9; B.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 3

Nummer 154 | Karlsruhe, Dienstag, den 7. Juli 1931 | 51. Jahrgang

Revisionist Stalin

Lohndifferenzierung von gelernten und ungelernten Arbeitern / Vervielfachung der leitenden Kräfte
Verwendung von Mitgliedern der ehemaligen Bourgeoisie

Kapitalistische Wirtschaftspolitik in Sowjetrussland

Moskau, 6. Juli. Auf einer kürzlich abgehaltenen Konferenz der Wirtschaftsführer Rußlands sprach Stalin in radikal umwälzender Form über die Aufgaben des Wirtschaftsaufbaues der Sowjetunion. Er erklärte u. a., vor allem handle es sich um die Versorgung der Betriebe mit Arbeitskräften. Dies verlange eine neue Regelung der Arbeitslöhne und ein Seßhaftwerden der Arbeiter. Der Gleichstellung der gelernten und ungelernten Arbeiter und der Arbeitslosen müsse ein Ende gemacht werden. Man könne hochqualifizierte Arbeitskräfte nur durch Zahlung höherer Löhne an ihre Arbeitsstelle fesseln. Hierdurch werde man den Ehrgeiz der ungelernten Arbeiter anspornen. Man müsse solche Arbeitsbedingungen schaffen, daß die Qualität der Produktion besser werde. Ferner habe sich in der Industrie die Lage bezüglich des Bestandes der leitenden Beamten grundlegend geändert. Um das Programm der Industrie-Orientierung durchzuführen, brauche man zwei- bis fünfmal so viele leitende Kräfte, vor allem Ingenieure. Diese müßten aus der Arbeitergruppe selbst hervorgehen. Stalin wies darauf hin, daß in den höheren Lehranstalten der Sowjetunion jetzt Zehntausende Werkarbeiter zu technischen Arbeitern und Ingenieuren ausgebildet würden. Diese würden zusammen mit den Angestellten und den gelernten Arbeitern den Intelligenzkern der Arbeiterklasse bilden. Aber auch was die Verwendung von Mitgliedern der Bourgeoisie in den technischen Betrieben betreffe, so sei die Lage grundlegend verändert. Man habe in den Städten und auf dem Lande die kapitalistischen Elemente überwunden und auf dem Gebiete des kollektiven Wirtschaftsaufbaues gewaltige Erfolge errungen. Dies erkläre die Tatsache, daß man einen Umschwung zugunsten der Sowjetmacht in den Kreisen der Bourgeoisie feststellen könne und diese Hand in Hand mit der Arbeiterklasse zusammenarbeite. Daher müsse sich auch die Politik gegenüber diesen Kreisen ändern, die nunmehr zur Mitarbeit herangezogen werden.

Als wichtigste Richtlinie für die Wirtschaft betrachtet Stalin für die Zukunft die volle Durchführung differenzierter Löhne für qualifizierte und nichtqualifizierte, für leichte und schwere Arbeit.

Diese Maßnahmen werden damit begründet, daß man den Arbeitern einen Anreiz zur Weiterbildung und Möglichkeiten des Aufrückens in besser bezahlte Stellungen geben müsse. Die Begeisterung für eine Sache allein genüge nicht. Um die Leistungen zu erhöhen, müsse man dem menschlichen Streben nach höheren Einnahmen gerecht werden. Man könne nicht mehr jeden Spezialisten alter Schule als Verbrecher und Saboteur ansehen.

Stalin äußerte sich schließlich noch gegen die ununterbrochene Arbeitswoche von fünf Tagen, die vielfach dazu geführt habe, daß jedes Verantwortungsgefühl für die übertragenen Arbeiten und für die Instandhaltung der Fabrikanlagen, Maschinen und Werkzeuge geschwunden sei. Es sei zu erwägen, ob man nicht zur sechstägigen Arbeitswoche mit einem gemeinsamen freien Ruhetag für die gesamte Belegschaft übergehen solle. Notwendig sei vor allem auch die Bildung kleiner leicht übersehbarer Wirtschaftsgruppen. Nur einer könne in Zukunft der Leiter des Betriebes sein; ein Direktor mit einigen Stellvertretern sei notwendig.

*

Mit obigen Revisionsmaßnahmen zeigt sich, daß die Experimentatoren des Fünfjahresplans wieder einmal vor einer Mauer stehen. Stalin handelt in diesem Falle wie immer. Er wirft das Steuer gründlich herum, so sehr, daß bereits verkündet wird, Stalin habe seinen kapitalistischen Tag von Damaskus gefunden. Der wichtigste Punkt dabei ist die Aufhebung der Lohngleichheit, die volle Durchführung differenzierter Löhne für qualifizierte und nicht qualifizierte Arbeit. Die Lohngleichheit ist keineswegs eine sozialistische Forderung, aber sie war von Stalin und den Seinen zu einem Wesenselement des Kommunismus gemacht worden. Die Aufhebung der Lohngleichheit bedeutet daher nicht nur eine taktische, sondern eine grundsätzliche Schwenkung, die die kommunistische Propaganda tief berühren muß. Noch stärker muß in dieser Richtung die Begründung wirken, die Stalin dieser Schwenkung gegeben hat. Er ging davon aus, daß die Begeisterung für die Sache allein nicht genüge, und daß man, wenn man höhere Leistungen wolle, dem menschlichen Streben nach höheren Löhnen Rechnung tragen müsse. Man müsse den Arbeitern die Möglichkeit des Aufrückens in besser bezahlte Stellen geben.

Die zersetzende und verderbliche Propaganda der Kommunistischen Partei gegen die sozialistische Arbeiterbewegung hat geflissentlich die Schichten schlecht entlohnter Arbeiter gegen die sogenannte Arbeiteraristokratie aufzuhetzen versucht. Sie hat eine Klassentrennung innerhalb des Proletariats nach der Höhe des Lohnes behauptet. Mit dem Bekenntnis Stalins zum differenzierten Lohn bricht mit der Grundlage dieser Propaganda die Propaganda selbst zusammen. Ein echter Kommunist, dessen Thesen nicht von heute, sondern von gestern sind, müßte selbst Stalin beschuldigen, daß er eine Arbeiteraristokratie heranzüchten möchte und die minder gut entlohnten Arbeiter verrate.

Von den technischen Meisterwerken, den Renommierbauten, den gigantischen Industriepalästen, die die russische Propaganda der kapitalistischen Welt in teuersten Drukken zeigt, werden die russischen Arbeiter nicht satt. Das Experiment des russischen Fünfjahresplans wird auf dem Rücken des russischen Volkes durchgeführt. Wie ein Alpdruck lastet der Fünfjahresplan auf der russischen Bevölkerung.

Ein noch schwererer Schlag gegen die bisherige wolunaristisch-bakunistischen Anschauungen der Stalinisten ist das Eingeständnis, daß die Begeisterung für die Sache allein nicht genügt. Wo bleibt da alles, was uns die kommunistische Propaganda von den neuen Menschen in Rußland, von ihrer Arbeitsbegeisterung, von der glühenden Jugend, von dem neuen Geiste erzählt hat? Wir gestehen offen, daß Stalin damit nicht nur seiner eigenen Propaganda, sondern auch der sozialistischen Propaganda überhaupt einen schweren Schlag versetzt hat. Ohne Begeisterung ist die Verwirklichung sozialistischer Ideale nicht möglich. Der Rückzug Stalins von der Begeisterung aber muß deprimierend wirken. Hier tritt die grundsätzliche Folge der bolschewistischen Methoden hervor. Sie hat die Lehren des Marxismus und der ökonomischen Geschichtsauffassung mit Füßen getreten. Sie hat geglaubt, durch den bloßen Willen und durch bloße technische Konstruktion den Sozialismus verwirklichen zu können. Ihr Rückgang schädigt nun die geistigen Triebkräfte des Sozialismus überhaupt.

Stalin fordert weiter eine energische Senkung der Selbstkosten in den Betrieben. Der Ruf: „Senkung der Selbstkosten" hat für die deutschen Arbeiter einen fatalen Beigeschmack, denn in der kapitalistischen Welt heißt Senkung der Selbstkosten, Senkung der Löhne. Die Differenzierung der Löhne gemeinsam mit der Senkung der Selbstkosten, das wird nicht eine Differenzierung nach oben, sondern eine Differenzierung nach unten bedeuten, und die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß die deutschen Kapitalisten bei neuen Lohnsenkungsforderungen sich auf Stalin berufen werden.

Und noch weiter: Nur ein Direktor soll künftig in den Industriewerken der Sowjetunion entscheiden. Wir werden noch erleben, daß unsere Forderung der Wirtschafts-Demokratie von Stalin als viel zu radikal abgelehnt wird. Und noch weiter: Die Spezialistenhetze soll aufhören, die Ingenieure, Spezialisten, Techniker und Gelehrte alten Bürgertums und der alten Schule müßten herangezogen werden. Man dürfe sie nicht als abgeschaffte Verbrecher und Saboteure ansehen. Das nach den Theaterprozessen der letzten Zeit! Die Todesopfer der bisherigen Methode werden nach dem Stalinschen Tag von Damaskus aber nicht mehr lebendig!

Und noch weiter: Die berühmte 5-Tagewoche, die Aufhebung des gemeinsamen Sonntags, der letzten Errungenschaft des bolschewistischen Experimentatorentums, die uns die kommunistische Propaganda als Quintessenz wahrhaft kommunistischer Auffassung vorgeführt hat, wird aufgehoben. An ihrer Stelle soll wieder die sechstägige Arbeitswoche mit einem gemeinsamen Ruhetag treten.

Es ist Revision auf der ganzen Linie. Zu allen praktischen Maßnahmen aber auch eine Revision in der Ideologie. Denn Stalin hat in diesen sensationellen Reden erklärt, daß in Sowjetrußland nicht der Kommunismus herrsche, sondern ein Zwischenstadium. Für dieselbe Behauptung sind führende Bolschewisten, die den Stalinschen Experimenten entgegentraten, aus der Partei ausgeschlossen, von der Tscheka gejagt in die Verbannung geschickt worden.

Diese Rede ist die grandioseste Preisgabe von fast allem, was die kommunistische Propaganda in der Welt als die größte Errungenschaft des Arbeiterparadieses unter der Herrschaft Stalins ausgeschrieben hat. Dieser Tag von Damaskus kennzeichnet die Gewissenlosigkeit der bolschewistischen Experimentatoren. Wo ist hier die zuversichtliche Gewißheit, wo die Schonung des kostbarsten Materials, mit dem sie experimentieren, nämlich der Mensch? Wo die Rücksicht auf Gewissen und Einheit der Ideologie? Ihre Politik ist ein schwankendes Hin und Her, ein Herumschneiden am lebenden Fleisch des russischen Volkes.

Diese Methoden können für die soziale Arbeiterbewegung nicht vorbildlich sein. So überwindet man den Kapitalismus nicht, weder organisatorisch noch geistig. Diese Methoden münden schließlich ein in kapitalistische Bahnen und was sie erreichen werden, das wird nur ein Zerrbild des Kapitalismus sein und noch dazu ein häßliches.

Die Pariser Einigung

Hoovers Plan angenommen: Ein Jahr lang keine Reparationszahlungen

Paris, 6. Juli. Havas berichtet: Die französischen und die amerikanischen Unterhändler haben sich über die Anwendung des Hooverschen Planes geeinigt.

Um 23.30 Uhr haben die französischen und amerikanischen Unterhändler ein in französischer Sprache abgefaßtes Protokoll in zwei Exemplaren paraphiert, das die Grundlagen des getroffenen Abkommens enthält.

Havas über die Einigungsgrundlage

WTB. Paris, 6. Juli. Die Agentur Havas verbreitet über die Einigungsgrundlage, die die französische Regierung vorgeschlagen und die amerikanische Regierung angenommen hat, folgende Auslassung:

Nach dem vorgenommenen Meinungsaustausch stellt die französische Regierung fest, daß sie mit der amerikanischen Regierung über die wesentlichen Grundsätze des Vorschlages des Präsidenten Hoover und über die nachstehend aufgeführten Bestimmungen einig sei:

1. Die Bezahlung der Reparationsschulden wird vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 ausgesetzt;

2. Deutschland bezahlt jedoch den Betrag der ungeschützten Annuität, aber die französische Regierung ist, soweit sie in Frage kommt, bereit, einzuwilligen, daß die auf diese Weise von Deutschland geleisteten Zahlungen durch die Internationale Zahlungsbank in garantierten Bonds der Deutschen Reichsbahn angelegt werden;

3. Alle suspendierten Zahlungen tragen unter den seitens der amerikanischen Regierung angeregten Bedingungen Zinsen und sind vom 1. Juli 1933 ab in zehn Annuitäten zu tilgen;

4. Die gleichen Bedingungen gelten für die von der Deutschen Reichsbahn auszustellenden Bonds.

5. Die Frage der Sachlieferungen und die verschiedenen durch die Anwendung des amerikanischen Vorschlages und des vorliegenden Abkommens notwendig gewordenen technischen Bestimmungen werden von einem Sachverständigenausschuß geprüft werden, zu dem die interessierten Mächte Delegierte entsenden. Diese Sachverständigen werden die tatsächliche Notwendigkeit mit dem Geiste des Hooverschen Vorschlages in Einklang zu bringen haben.

Frankreich behält sich vor, von der deutschen Reichsregierung die unerläßlichen Versicherungen bezüglich der Verwendung der Summen, die im deutschen Budget gespart werden, zu ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken zu verwenden.

Erklärung Hoovers

Washington, 6. Juli. Präsident **Hoover** erklärte, daß nunmehr der **Plan sofort in Kraft** treten werde. Alles werde **getreu dem Grundgedanken des Hooverplanes** folgen: Keinerlei Belastung der deutschen Reichskasse während des Jahres. Die Regierung der Vereinigten Staaten werde sich nunmehr an den weiteren Verhandlungen nicht mehr nennenswert zu beteiligen brauchen.

Der Präsident betonte, **Frankreich** habe endlich der Forderung Hoovers **zugestimmt**, daß die Reichsregierung während des Aufschubjahres keinen Pfennig an Reparationen zu zahlen habe. Leider habe er bezüglich der Rückzahlpflicht Frankreich nachgeben müssen, die mit dem 1. Juli 1933 beginnend festgesetzt wurde, statt mit dem 1. Juli 1934, wobei die **Tilgung in zehn Jahresraten** erfolgen

soll. Aber der Plan sei nunmehr **moralisch in Kraft** und Deutschlands Lasten **während** dieses Zeitraumes erheblich erleichtert.

Der Plan soll hauptsächlich der Wirtschaft helfen. **Wirtschaftshilfe** bedeutet jedoch den **Umschwung** des Sinnes der Menschheit vom Mißtrauen zum Vertrauen, den Umschwung der Völker von der Furcht vor Unordnung und vor Zusammenbruch der Regierungen zur Hoffnung und zum **Vertrauen auf die Zukunft.** Sie bedeute fühlbare Hilfe für die **Arbeitslosen** und für die **Landwirtschaft.** Die fast einmütige Zustimmung in den Vereinigten Staaten ist **Deutschland** ein sichtbarer Beweis für das aufrichtige menschliche Fühlen des amerikanischen Volkes. Die Welt kann in diesem Jahre, das dem **wirtschaftlichen Wiederaufbau** gewidmet sein soll, ernstlich über die Ursachen nachdenken, die zur allgemeinen Depression beigetragen haben. Ich brauche nicht zu wiederholen, daß eine dieser Ursachen in den unerhörten Lasten und den durch die **Wettrüstungen** hervorgerufenen Befürchtungen liegt. Eine Betrachtung der Ereignisse der letzten Wochen sollte uns zu der Erkenntnis bringen, daß wir aus diesen schweren Lasten einen **Ausweg** finden müssen, die heute das Vielfache des Betrages der Regierungsschulden ausmachen.

Laval zur Einigung

Paris, 6. Juli. Nach Beendigung der heute abend erfolgten französisch-amerikanischen Besprechung übermittelte Ministerpräsident **Laval** der Presse folgende Auslassung: Schatzsekretär **Mellon** und Botschafter **Edge** haben im Namen Hoovers und in ihrem eigenen Namen der **französischen Regierung ihre aufrichtige Dankbarkeit** zum Ausdruck gebracht über deren hochherzigen Anstrengungen zugunsten der **wirtschaftlichen Wiederherstellung** der Welt. Ministerpräsident **Laval** hat den französischen Unterhändlern für ihre tätige Mitarbeit und für ihren versöhnlichen Geist **gedankt.** Wenn das geschlossene Abkommen die Wiedergeburt des **Vertrauens** in der Welt zur Folge haben werde, dann werde die Geste Frankreichs nicht vergeblich gewesen sein, und wenn man in Deutschland die Bedeutung und den Sinn der edelmütigen Haltung Frankreichs begreife, müsse für beide Völker eine neue Aera beginnen.

Berliner Pressestimmen

Die Einigung zwischen den amerikanischen und französischen Unterhändlern über den Plan Hoovers wird von den meisten **Berliner Morgenzeitungen** in großer Aufmachung veröffentlicht.

Die **Germania** charakterisiert die Einigung dahin, daß man sich, nachdem Frankreich zwölf volle Tage gekämpft und gefeilscht habe, auf der Grundlage eines **Kompromisses** einigte, der Grundsätzliches im Prinzip übrnehme, in Einzelheiten aber der französischen Empfindlichkeit und den französischen Sonderwünschen **recht weitgendst** Rechnung trage. Amerika und Frankreich, so schreibt das Blatt, dürften behaupten, daß es in dem zähen Kampfe zweier Prinzipienwelten **weder Sieger noch Besiegte** gibt. Die Anerkennung des französischen Anspruches der Aufrechterhaltung des Prinzips „der geschützten deutschen Annuitäten" war nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen zu **erwarten** und wird von uns mit der Ueberzeugung zur Kenntnis genommen, daß trotzdem noch nicht das letzte Wort über die deutsche Zahlungsfähigkeit in den komenden Jahren gesprochen ist.

Optimistischer äußert sich die **Vossische Zeitung,** wenn sie schreibt, daß der den Garantiefonds und die Sachlieferungen betreffende Vorbehalt, den **Wert** der formalen Inkraftsetzung des Hooverschen Planes **nicht vermindere.** Das **Entscheidende** sei, daß mit Zustimmung aller Regierungen Deutschland bis zum 15. Juli 1932 **keinen Pfennig** in fremder Währung zu übertragen haben werde. Das Blatt erwartet Wiederkehr des Vertrauens. Alles deute darauf hin, daß das internationale Hilfswerk zugunsten der deutschen Wirtschaft nun rasch beginnen werde.

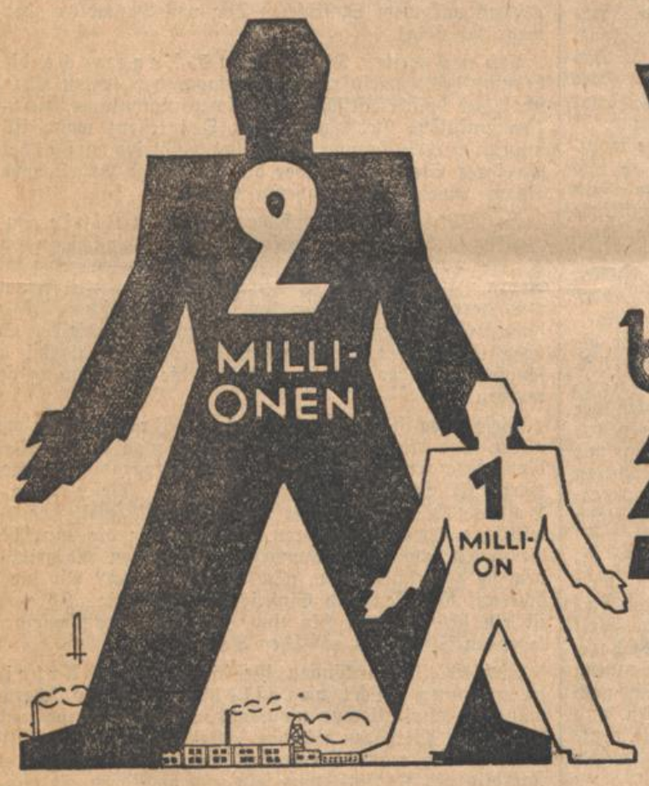
Einen sehr scharfen kritischen Ton schlägt die rechtsgerichtete **Deutsche Tageszeitung** an, die erklärt, die Franzosen wollten uns ausbluten lassen, um uns dann diktieren zu können.

Der sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

Welcher Art die **Auswirkungen des Hooverplanes** sein werden, läßt sich nach den wirtschaftlichen Vorgängen der letzten Tage zur Zeit ohne weiteres von niemanden mit einiger Zuverlässigkeit prophezeien. Man kann nur hoffen, daß sich das Feierjahr und die sowohl von Amerika als auch von England zugesagten neuen langfristigen Kredite zunächst auf Deutschland und dann auf Europa im Sinne einer **schnellen Gesundung** auswirken. Aber auch dazu ist Voraussetzung, daß die nach der Pariser Verständigung noch notwendig werdenden **Konferenzen** über die **Einzelheiten der Durchführung** des Hooverplanes (Frankreich wird bereits heute hierzu eine Konferenz einberufen) weniger schleppend geführt und schnell zu Ende gebracht werden.

Werden alle diese Voraussetzungen erfüllt und dem deutschen Reiche insbesondere schon in **nächster Zeit langfristige Kredite** zugeführt, dann werden wir auch die außerordentlich schwierige Situation **überwinden** und dann kann man selbst von den etwas peinlichen Verhandlungen in Paris sagen, daß sie nicht zu spät kamen.

Die Reichsregierung wird heute voraussichtlich eine **amtliche Verlautbarung** herausgeben, die dem amerikanischen Staatspräsidenten für sein Eingreifen in das europäische **Wirtschaftschaos** dankt und in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation, in der wir uns zur Zeit wieder einmal befinden, **der Hoffnung** Ausdruck gibt, daß Deutschland **nunmehr langfristige Kredite** zur Verfügung gestellt werden. Denn die deutsche Finanzkalamität steht auf Biegen oder Brechen.



Wo bleibt der zweite Mann?

Reichsarbeitsminister Stegerwald über deutsche Wirtschaftssanierung

Gegen die Lohnsenkungsparole des Scharfmachertums

Auf einer in Hamm (Westf.) abgehaltenen Tagung der Vertrauensleute der katholischen Arbeitervereine Westfalens ergriff **Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald** das Wort. Er führte u. a. aus, mit der letzten **Notverordnung** sei der Sanierungsprozeß von Staat und Wirtschaft noch nicht beendet. Die deutsche Privatwirtschaft hat mit vielen Milliarden **kurzfristiger** Auslandsschulden Investierungen in ihren Betrieben vorgenommen und zahlt weiterhin damit teilweise von Woche zu Woche ihre Löhne. Das ist ein unmöglicher Zustand. Ein großer Teil der kurzfristigen Schulden muß **in langfristige** umgewandelt werden. Auch das Aktien- und Bankwesen bedarf einer gründlichen Reform. Die deutsche **Privatwirtschaft** ist vielfach in ihren leitenden Stellen **noch mehr aufgebläht** und noch **stärker bürokratisiert,** als die öffentliche Wirtschaft. Auf dem Gebiete der Ueberkapitalisierung und Ueberrationalisierung gibt es noch vieles zu ordnen.

Die Dinge sind **nicht zu ordnen durch bloßen einseitigen Sturm auf die Löhne,** das Schlichtungswesen und die Sozialversicherung. Ich lehne es ab, Lohnfragen und Sozialversicherung immer wieder isoliert traktieren zu lassen. Wenn die deutschen **Lebensmittelpreise** sowie die **Preise für Wohnungen und Verkehrsmittel,** denen des europäischen Durchschnitts angepaßt werden, **dann** läßt sich sehr wohl über eine weitere Verringerung der Löhne verhandeln. Den deutschen Arbeitern kommt es **nicht auf die Höhe der Nominallöhne** an, das haben wir bei der Inflation ausreichend ausgeprobt. Das Entscheidende ist, was man **mit den Löhnen kaufen** kann. In der deutschen öffentlichen und privaten Wirtschaft stecken noch sehr viele **Inflationsbazillen,** denen in der nächsten Zeit mit allem Nachdruck zu Leibe gegangen werden muß. Mehr als 75 Prozent des deutschen Volkes müssen von Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr leben. In solcher Lage zu glauben, daß Deutschland durch Zölle der Landwirtschaft dauernd wesentlich höhere als die Weltmarktpreise sichern könne, ist eine Illusion. Ohne **fundamentale Umstellung der deutschen Landwirtschaft** auf vielen Gebieten gibt es für sie **keine Rettung** auf längere Sicht.

Aus der Froschperspektive der einzelnen Interessentengruppen sind diese Dinge bestimmt nicht zu meistern. Auch mit **Putschen, Spektakel** und agitatorischem Lärm ist ihnen **nicht** beizukommen. Nur klare Erkenntnis, guter Wille und auf breiter Front **entschlossenes Handeln** sowie mühsame und zähe Arbeit führen zum Ziel.

Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn beginnt

Die **Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn,** durch die 50 000 Mann für fünf Monate Verdienst erhalten sollen, wurde am **Montag in Angriff** genommen. Die Arbeitskräfte können nicht, wie in der Presse angedeutet wurde, nur aus der Krisenfürsorge entnommen werden; denn bei der **Vermittlung** ist nach den gesetzlichen Bestimmungen in erster Linie auf die **Eignung** der Arbeitskraft, dann vor allem auf die **Dauer der Arbeitslosigkeit** und auf die besonderen **Familienverhältnisse** Rücksicht zu nehmen. Eine bestimmte Unterstützungsgruppe kann also unmöglich bevorzugt werden.

Hierzu wird uns noch geschrieben:

Merkwürdig berührt, daß die Reichsbahnhauptverwaltung nur 60 Prozent der Arbeitsbeschaffung in eigener Regie durchführen und **40 Prozent durch Privatunternehmer** fertigstellen lassen will. Das bedeutet praktisch **keine** Förderung der Arbeitsbeschaffung; denn der Privatunternehmer stellt weniger Leute an, weil er mehr Profit herausschlagen will. Warum überträgt die Reichsbahn einen so großen Teil ihrer Arbeiten dem Privatunternehmertum? Die Tiefbauunternehmer haben vor längerer Zeit in einer an den Reichstag gerichteten Denkschrift sich beschwert, sie bekämen nicht genügend Arbeiten von der Reichsbahn übertragen. Schuld daran sei der marxistische Einheitsverband. Die Hauptverwaltung hat Angst bekommen. Oder sind etwa ihre Bausachverständigen weniger geschickt als die Privatunternehmer?

Sozialistischer Wahlerfolg in Rouches de Rhone

Im Departement Rouches de Rhone fand für einen verstorbenen radikalen Senator die **Ersatzwahl für den Senat** statt, bei der im zweiten Wahlgang der **Kandidat der Sozialisten** mit 257 gegen den radikalen Kandidaten (205 Stimmen) **gewählt wurde.**

Eine kritische Woche

Mitte Juli Auswirkung der Notverordnung

Kritische Tage sind in Sicht. Die Schmälerung der Arbeitslosenunterstützung wird ab 13. Juli in Kraft treten. Nicht von ungefähr ist von den Kommunisten für den 15. Juli ein „Reichserwerbslosentag in Form von Demonstrationen und Kundgebungen als Protest gegen den Hungerfeldzug der Brüningregierung" angesetzt. Die Herrschaften, die für die Abänderung der Notverordnung keinen Finger rühren, sondern das mühselige Geschäft des Härtenabbaues den Sozialdemokraten überlassen, dürsten nach neuem Ruhm. Sie wollen die armen Teufel von Erwerbslosen vor die Gummiknüppel und Revolver der Polizei treiben. Sie brauchen „Bluthunde" für ihre Agitation. Die Herrschaften sind ärgerlich. Es dauert ihnen zu lange, bis der Zusammenbruch kommt. Sie wollen deshalb etwas nachhelfen. Sie beeilen sich, die Beruhigung der Wirtschaft, die seit der Hoover-Aktion eingesetzt hat, durch blutige Krawalle und Vorbereitungen zu Bürgerkrieg in eine neue Beunruhigung zu verwandeln. Ihr Ehrgeiz ist, den Mitte Juli nach Berlin kommenden Führern der englischen Arbeiterregierung zu zeigen, daß in Deutschland bereits Moskau den Ton angibt.

Kein Zweifel: die Julimitte birgt allerhand Gefahren, und es ist besser, rechtzeitig dagegen Vorsorge zu treffen, als sich von Ereignissen überraschen zu lassen. Es sind Millionen von Menschen, die den Unterstützungsabbau recht schmerzlich verspüren. Die Senkung der Unterstützungssätze beträgt im Durchschnitt 10 Prozent, in den unteren Gruppen weniger, in den oberen mehr; dazu kommen Verlängerung der Wartezeit, früheres Ausscheiden aus der Unterstützung der Versicherung und noch verschiedene andere Verschlechterungen. Das alles sind bittere Dinge für den, dens trifft. Sind es auch in vielen Fällen nur einige Mark Verlust — für Leute, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, bedeutet solch ein Verlust sehr viel. So mancher Arbeitslose wird in Enttäuschung, Verbitterung und Erregung das Arbeitsamt verlassen. Der Verzweifelte ist eine leichte Beute für die gewissenlosen Subjekte, die seine Empörung schüren, ohne ihm die Möglichkeit zu bieten, ein Stück Brot mehr zu bekommen.

Die Arbeitsämter werden einen schweren Stand haben. Die Erregung der Enttäuschten wird sich manchmal recht drastisch Luft machen. Die Herren, die am grünen Tisch die Notverordnung ausgeheckt haben, sind weit weg vom Schuß. Die Angestellten der Arbeitsämter, die für die Notverordnung gewiß nichts können, müssen den Kopf hinhalten. Sie haben die traurige Aufgabe, so manchem armen Teufel eine neue Hiobspost mitzuteilen.

Die Polizei steht vor einer unendlich schwierigen Aufgabe. Die kommunistischen Bürgerkriegsstrategen lauern auf den Augenblick, wo sie die Arbeitslosen gegen die Polizei verhetzen zu können glauben. Auf der anderen Seite ist die Polizei gezwungen, künftig mit weniger Nachsicht als bisher gegen rabiate Elemente vorzugehen. Bisher mußte sie in vielen Fällen ihre Nachsicht teuer bezahlen, wie die jüngsten Ermordungen von Schutzpolizeibeamten bei kommunistischen Demonstrationen beweisen. Die Polizei weiß aber auch nur zu gut, daß man einen Arbeitslosen, der voll bitterer Enttäuschung das Arbeitsamt verläßt, nicht mit einem Rowdy irgend einer Kozi- oder Nazihorde auf eine Stufe stellen kann. Die Polizei hat mehr wie andere Leute Einblick in so manchen Haushalt der Arbeiterquartiere. Sie hat daher auch Verständnis für die Not und den Seelenzustand der durch die Arbeitslosigkeit an den Rand der Verzweiflung getriebenen Menschen.

Man darf erwarten, daß alle verantwortlichen Stellen: Arbeitsämter, Polizei und nicht zuletzt auch die Presse, vor allem aber die Reichsregierung selbst alles tun, damit die kritische Julimitte glimpflich vorübergeht. Die Regierung hätte dazu ganz besonders die Möglichkeit in den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zur Beseitigung der schlimmsten Härten der Notverordnung. Die Verhandlungen sind bereits im Gang. Sofort nach Abschluß der amerikanisch-französischen Beratungen zur Sicherung der Hoover-Aktion müßte so rasch wie möglich an die Beseitigung untragbarer Härten herangegangen werden.

Wir wissen, daß es fast an Geschmacklosigkeit grenzt, einem Menschen, dem der Magen vor Hunger weh tut, und der seit Jahr und Tag in dem grauen Elend der Dauerarbeitslosigkeit steckt, Vernunft zu predigen. Es ist viel verlangt, wenn man von einem Arbeitslosen fordert, trotz des Opfers des neuen Unterstützungsabbaus stillzuhalten und die Nerven zu behalten. Und dennoch! So bitter sie schmeckt, so richtig ist doch die Ueberlegung, daß gerade der Arbeitslose allen Grund hat, alles zu vermeiden, was den Zusammenbruch fördert. Den Letzten beißen bekanntlich zuerst die Hunde, und der Letzte ist der Arbeitslose. Es wäre verhängnisvoll, wenn die unleugbaren Ansätze einer psychologischen Beruhigung in der Wirtschaft wieder vernichtet würden. Diese psychologische Beruhigung ist im Augenblick fast unser einziges Aktivum; denn nach wie vor ist Deutschlands Lage wahrhaftig ernst genug. Erst wenn sich der Albdruck, der auf der Wirtschaft lastet, löst, können vorhandene Antriebsmöglichkeiten wie die Billigkeit der Rohstoffe und die Bedarfsdrosselung sich auswirken. Das psychologische Moment spielt in der Wirtschaft nun einmal eine eminent große Rolle, eine viel größere, als gemeinhin angenommen wird. Der Wirtschaft geht es wie dem Menschen: die Genesung macht um so schnellere Fortschritte, je mehr Beruhigung und Vertrauen wiederkehren.

Gerade der Arbeitslose kann nur gewinnen, wenn möglichst bald wenigstens eine gewisse Entlastung auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung tritt. Jedenfalls sind nur dann ernsthafte Aussichten vorhanden, daß die Härten der Notverordnung schnell und durchgreifend wieder rückgängig gemacht werden.

Also: Kaltes Blut trotz alledem! Zerschlagene Türen, zerbrochene Fenster und blutige Schädel schaffen kein Brot!

Falsche Gerüchte über eine Berliner Großbank

Wie WTB-Handelsdienst von authentischer Stelle hört, sind die über eine **Berliner Großbank** im Auslande verbreiteten Gerüchte völlig **aus der Luft gegriffen.** Auch die Nachricht, daß in der gestrigen Generalratssitzung der Reichsbank über eine Berliner Großbank gesprochen worden sei, wird von zuständiger Seite als Erfindung bezeichnet.

Bayern und die Hitlerbanden

München, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Seit Montag sind vor dem Hitlerpalais die Verhältnisse wieder normal. Der Verkehr ist zwar noch etwas lebhafter als sonst, doch scheint Hitler die Demonstrationen seiner jugendlichen Rowdys, die seit fünf Tagen die Bannmeile der Stadt in Unruhe gehalten haben, abgestoppt zu haben. Die uniformierten Posten sind verschwunden. Dafür patrouillierte auf den Gehsteigen da und dort ein polizeilicher Doppelposten.

In einem **Aufruf Hitlers,** den er in seinem Organ veröffentlicht, wird mitgeteilt, daß zur Feststellung der Rechtswidrigkeit der polizeilichen Maßnahmen, insbesondere des Postenstehens auf parteieigenem Grund eine gerichtliche Entscheidung grundsätzlicher Art herbeigeführt werden soll. Zu diesem Zweck hat sich Hitler von dem nationalsozialistischen Göttinger Rechtsanwalt Lütgebrune, der 1924 im Hitlerputschprozeß Ludendorff verteidigte, ein Gutachten anfertigen lassen. Lütgebrune ist so rasch im braunen Haus in München eingetroffen, daß er zum Teil noch Zeuge der polizeilichen Aktion gewesen ist.

Einen heiteren Beigeschmack hat die Anzeige von SA-Führern, die bei der Säuberungsaktion am Samstag verhaftet und für einige Stunden im Polizeipräsidium festgehalten worden sind. Diese haben gegen den **Polizeipräsidenten Strafanzeige** wegen **Freiheitsberaubung** gestellt. Präsident Koch scheint sich aber nicht einschüchtern zu lassen, denn er hat neuerdings zwei Versammlungen Hitlers verboten, die am Mittwoch im Zirkus Krone und in einem Bierkeller stattfinden sollten. Einigen Eindruck scheint es auf die Hakenkreuzbetzer gemacht zu haben, daß einer von den am Samstag verhafteten Rowdys von dem **Schnellrichter bereits mit 6 Monaten Gefängnis** bestraft worden ist.

Auch an der **Universität,** die am Montag vormittag wieder geöffnet wurde, scheint zunächst Beruhigung eingetreten zu sein. Der Zugang zur Universität ist nur durch den Haupteingang in der Ludwigstraße gestattet und nur solchen Studenten und Hörern, die sich mit Karten ausweisen können. Innerhalb des Gebäudes ist ein Ordnungsdienst tätig, dem 30 Studenten und einige Universitätsbeamte angehören. Das Rektorat hat allerdings mit diesem Ordnungsdienst den Bock zum Gärtner gemacht, denn er besteht im wesentlichen aus Naziftudenten und gerade aus jenen, die bei dem Skandal am Dienstag sich als die ärgsten Schreier hervorgetan haben. Selbst der berüchtigte Führer des Nazi-Studentenbundes, Reese, tritt nun als Ordnungsmann mit einer gelben Armbinde auf. Die Vorlesungen des Professors Nawiaskys verliefen am Montag ungestört. Gegen ihn richtet sich neuerdings eine Interpellation der Hakenkreuzfraktion des Landtags, die auch von den Deutschnationalen mit unterschrieben ist.

Einen üblen **Erpressertrick** hat sich der Führer des bayerischen **Stahlhelm,** der berühmte National-Revoluzzi, **Oberst a. D. Lenz,** geleistet. Die angebliche Tatsache, daß zwei Stahlhelmer in Zivil mit Bundesabzeichen von der Polizei gestellt wurden, gab ihm Veranlassung zu einem Brief an den Innenminister. Darin fordert er die sofortige Aufhebung der gegen das Hitler-Rowdytum gerichteten polizeilichen Maßnahmen. Die Ehre des Stahlhelm verlange die Abänderung des Uniformverbots. Erfolge sie nicht, dann werde er — der Großpensionär der Republik — in der Stahlhelmzeitung und in anderen ihm zugänglichen Organen der reichsdeutschen Presse seine Kameraden aus dem ganzen Reich vor dem Betreten Münchens warnen. Der Innenminister hat diese versuchte Erpressung damit beantwortet, daß er den Brief des Stahlhelmers der Oeffentlichkeit übergab und „mit Rücksicht auf die unerhörte Drohung" jede weitere Antwort an den Herrn Obersten ablehnte.

Auflösung der Reichsführerschule der Nazis

München, 6. Juli. Nach einer Meldung der „Münchener Post" wurde auf dem Gelände der ehemaligen Orbis-Filmgesellschaft in Neugrünwald die Reichsführerschule der Nationalsozialistischen SS. nach einer verbotenen Uebung in Uniformen von der Gendarmerie aufgelöst.

Deutsche Richter und der Nazilump

Zu einer solchen Justiz soll noch ein anständiger Mensch Vertrauen haben

Das Erweiterte Liegnitzer Schöffengericht verurteilte den **Nazi-Hetzapostel** Friedrich Wilhelm Lött aus Lüneburg wegen **Beleidigung zu 400 Mark Geldstrafe.**

Lött hatte in der Zeit vom 22. Oktober bis 19. Dezember 1929 in Naziversammlungen seinen Hörern die üblichen schamlosen Schmähungen führender Männer der Republik vorgesetzt. Es wurden ihm Beleidigungen in 12 Fällen zur Last gelegt. Ueber den früheren preußischen Innenminister Grzesinski hatte er das längst widerlegte Märchen von seiner jüdischen Abstammung verbreitet und im jüdischen Jargon von seinem Heidschnuckenfell, seinen Plattfüßen, krummen Beinen, Hängebauch, und wunderlichem Geruch gesprochen, so daß er bei der Landung mit dem Zeppelin in Amerika gleich einen Kinnhaken bekommen habe, weil man nicht geglaubt habe, daß so ein Preuße aussehe. Den Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien Lüdemann bezeichnete Lött wider besseres Wissen als Vollblutjuden. Lüdemann habe, wie die anderen Juden, nur in seine Tasche gewirtschaftet und müsse beseitigt werden. Den Reichswehrminister Groener und den Chef der Heeresleitung Heye soll Lött als Reichsjammerführer bezeichnet haben. Von dem Berliner Polizeivizepräsidenten Weiß hatte Lött erklärt, er sei ein plattfüßiger Jude und er würde ihn gerne aufbaumeln, wenn er nicht die beste Propaganda wäre

Der Staatsanwalt bezeichnete die Verleumdungen des Lött als **schamlose Gemeinheiten** und beantragte, da eine Geldstrafe nie ihren Zweck erreichen könne, 6 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung Grzesinskis zu 300 Mark Geldstrafe und wegen Beleidigung von Dr. Weiß zu 100 Mark Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis. Im Fall Groener und Heye wurde der Hetzer freigesprochen. Im Falle Lüdemann wurde die Entscheidung vertagt.

Von der herrlichen deutschen Justiz

Nach einer **Hamburger** Meldung hat der Strafsenat des **Hanseatischen Oberlandesgerichts** das **Verbot** der nationalsozialistischen **Parteiuniform** durch den Hamburgischen Senat für **gesetzwidrig** erklärt, nachdem das Verbot schon vor einiger Zeit durch amtsgerichtliche Entscheidung für unzulässig befunden worden war. Die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen diese Entscheidung wurde jetzt durch höchstinstanzliches Urteil verworfen.

Saarvereinstagung

Die diesjährige Tagung des Bundes der Saarvereine findet am 11. und 12. Juli in **Neustadt a. d. Haardt** unter dem **Protektorate** des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held statt. In ihrem Mittelpunkt steht eine Kundgebung für die Befreiung des noch unter Fremdherrschaft stehenden Saargebietes

Freistaat Baden

Ueberall systematische Nazirüpeleien

Die Langmut, mit der manche Behörden den systematischen Rüpeleien der Naziburschen zusehen und vor allen Dingen die Haltung eines Teiles der Richter, spornt diese Horden zu immer größeren Exzessen an. Bei uns in Mittelbaden sind zu den Vorgängen in Bruchhausen und Staffort am vergangenen Sonntag eine Anzahl neuer Fälle getreten. Der gestrige Karlsruher Polizeibericht meldete mehrere Zusammenstöße, die durch die Nationalsozialisten verschuldet worden sind, als sie von Pforzheim kamen. Ueber den Sonntag liegen noch die folgenden Meldungen vor:

DZ. **Singen** (Amt Durlach), 6. Juli. Auf dem Rückwege von Pforzheim kam es in Singen zwischen **SA.-Leuten** und Einwohnern zu Zusammenstößen. Desgleichen auch bei der Durchfahrt durch **Kleinsteinbach,** wo es Verletzte und Sachschaden gab. Auch in **Söllingen** und **Berghausen** wiederholte sich das gleiche, nur in geringerem Maße. Die Zusammenstöße dürften auf die gegenseitigen Rufe zwischen Nationalsozialisten und Einwohnerschaft zurückzuführen sein. Durch das tatkräftige Eingreifen der Gendarmerie wurden größere Ausschreitungen verhütet. Bereits in **Pforzheim** kam es vor der Abfahrt zu kleineren Reibereien, die jedoch von der Polizei im Keime erstickt wurden.

*

Von einem **Jungbannermann** in Karlsruhe wird uns gemeldet:

Sonntag abend um halb 12 Uhr gingen wir in unserer Zentralverbandsjugendtracht von der Passage der Waldstraße zu, wo uns zirka 20 Hitler in Uniform begegneten. Auf einmal kam einer der Hitler auf uns zu und stellte einem unserer Kollegen den Fuß, ohne daß irgendwie unsererseits den Hitlern gegenüber auch nur das Geringste zugerufen wurde. Mein Kollege verbat sich dieses und wir gingen weiter bis zum Kaffee Museum. Vor dem Museum kam derselbe Hitler wieder und sagte zu meinen Kollegen: „Was hast Du gesagt" und im selben Moment schlug er mit einem **harten Gegenstand** auf den Kopf meines Kollegen, sodaß derselbe eine **Wunde** erhielt, die stark blutete. Ein anderer Kollege wurde ebenfalls verfolgt. Derselbe mußte ins Kaffee Museum flüchten, wo er beim Küchenchef Schutz fand. An dieser Verfolgung beteiligten sich hauptsächlich der Tambourmajor der Hitler, der bekannte Löffler. Eine halbe Stunde blieben wir im Museum, nach unserem Fortgehen hatte sich die Hitlerhorde verzogen.

*

Ein Bewohner des **Mendelssohnplatzes** schreibt uns: Sonntag abend gegen ¾12 Uhr wurde ich aus dem Schlafe geweckt, ging ans Fenster und hörte, wie **Hitlerburschen Spektakel** machten und einige Polizeibeamte von der Wache nach der Richtung alter Bahnhof zueilten. Gleichzeitig hörte ich ein **furchtbares Stöhnen.** Zwei junge Leute brachten aus der Richtung alter Bahnhof einen Menschen geführt, der von einem Hitler einen **Schlag auf den Kopf** erhielt. Kurz darauf Großbetrieb am Mendelssohnplatz und in der Wache. Die Polizei brachte **zirka 20 Hitlerrowdys,** begleitet von zahlreichen Zivilisten zur Wache. Ich hörte Rufe wie: „Wohl oder übel, alles muß mit. Wer ist Zeuge? „Es meldeten sich sofort verschiedene. Gerade will ein Braunhemd die Polizeiwache verlassen, als ein junges Mädchen auf ihn zukommt, und ihm auf den Kopf zusagt, daß er ihrem Vater mit dem Riemen über den Kopf geschlagen hat. Der Hitlerbengel leugnete. Er muß noch einmal auf die Wache hereinkommen. Nach zirka 1½ stündigem Verhör kommt das ganze Braunhemdengesindel aus der Polizeiwache und stellt sich auf. Das **Kommando: „Wir marschieren geschlossen in die Südstadt".** Und fort gehen sie, begleitet von einem mit Polizisten besetzten Großauto.

Wenn auch das gestern in Kraft getretene Umzugsverbot die Nazi provokationen in der Form des Auftretens von geschlossenen Verbänden und der Fahrten auf Lastkraftwagen durch die Ortschaften etwas dämmt, die Tatsache, daß die Nazi nach wie vor in ihrer Parteiuniform rudelweise auftreten können, wird von ihnen zu neuen Rüpeleien ausgenützt werden. Wir haben an dem erlassenen Uniformverbot um deswillen keine Kritik geübt, obwohl auch das staatstreue Reichsbanner von ihm betroffen wird, weil wir mit dem Innenministerium der Meinung sind, daß es durchaus angebracht ist, wenn einmal drei Monate lang hinsichtlich der öffentlichen Aufzüge und der Propagandafahrten Ruhe herrscht und auch der Polizei und der Gendarmerie eine Atempause gegönnt wird. Wir wollen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß wir mit der allerschärfsten Kritik einsetzen werden, wenn dem rüpelmäßigen Auftreten der uniformierten Naziburschen in Zukunft nicht rücksichtslos entgegengetreten wird. Wir wissen, wie stark Nazigeist in manchen Amtsstuben herrscht, und wir sind fest davon überzeugt, daß dem Staate schwerster Schaden zugefügt wird, wenn der Nazigeist aus den Amtsstuben nicht ausgetrieben wird. Wir erwarten auf diesem Gebiete von der badischen Regierung und vom neuen badischen Innenminister, daß in jedem Falle an Stelle des Wortes die Tat gesetzt wird.

In Franzens Reich

„Beschwerden über Naziterror? — Merkwürdig, ich sehe und höre doch nichts!"

Der Kehler Grenzzwischenfall

Das **Landesfinanzamt Karlsruhe** teilt auf Anfrage zu dem gemeldeten **Grenzzwischenfall bei Kehl** folgendes mit:

Am 4. d. M. vormittag gegen 11.30 Uhr hat sich auf der Grenzstrecke Kehl—Freistett ein Grenzzwischenfall zugetragen, bei dem nach Blättermeldungen aus Straßburg der **Gastwirt Alphons George aus Wanzenau im Elsaß** durch rechtsseitigen Lungenschuß aus der Pistole eines Zollbeamten schwer verletzt worden sein soll. Es steht fest, daß von französischen Fischern in zunehmendem Maße auf deutschem Hoheitsgebiet, insbesondere auch verbotenerweise zur Nachtzeit im Rhein gefischt wird. Ebenso besteht der begründete Verdacht, daß der Rheinschmuggel auf der genannten Rheinstrecke die Unterstützung dieser Fischer findet. In vorliegendem Falle hat der 2—3 Meter von der deutschen Uferböschung mit einem zweiten französischen Grenzbewohner fischende Alphons George trotz wiederholter Anrufe des Beamten keine Notiz von dessen Aufforderung, sich auszuweisen und sein Boot anzuhalten, genommen. Der Beamte lief dabei sogar eine Strecke von ungefähr 300 Meter neben dem Boote her.

Jedoch wurde seine Drohung, nötigenfalls auch von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, nicht beachtet. Der Beamte, dessen bereits vorhandener Verdacht auf im Boote vorhandene Schmuggelware sich durch dieses Verhalten verstärkte, versuchte nunmehr durch Schreckschüsse die Ausführung seiner Anordnung zu erzwingen. Das Boot hatte sich zu diesem Zeitpunkt ungefähr 8 Meter nach der Rheinmitte zu entfernt. Infolge der Blendwirkung der Sonnenreflexe auf dem Wasser und der Bewegungen des Bootes nebst Besatzung ging jedoch ein auf die Durchlöcherung der Schiffsplanken gerichteter Schuß fehl und traf den Obengenannten. Dieser wurde von seinem Begleiter auf das französische Ufer verbracht. Nach Zeitungsmeldungen aus Straßburg, die den Vorfall allerdings ziemlich entstellt wiedergeben, soll der Verwundete in ein Krankenhaus in Straßburg aufgenommen worden sein.

Die politische Betätigung von Geistlichen

Auf der **Landesversammlung der Landeskirchlichen Vereinigung** in Karlsruhe fand ein Antrag einstimmige Annahme, der ein kirchliches Gesetz begrüßt, durch das eine öffentliche politische Betätigung und Stellungnahme von Geistlichen der Landeskirche im Dienste politischer Parteien unmöglich macht.

Freidenker und Notverordnung

Von Freidenkerseite wird uns geschrieben: Zur Notverordnung nahm eine vom Deutschen Freidenker-Verband, Bezirksleitung Stuttgart, einberufene Konferenz des Unterbezirks Karlsruhe, in welchem die Ortsgruppen Karlsruhe, Bruchsal, Pforzheim, Rastatt, Gaggenau, B.-Baden, Offenburg vereinigt sind, am Sonntag, 28. Juni, im Hotel Schweizerhof in B.-Baden Stellung.

Das einleitende Referat hatte der Bezirksleiter Sickert übernommen. Er wies nach, wie sehr durch die Notverordnung vom 28. März die Agitation für die freigeistige Bewegung eingeengt sei. Das zeige die recht einseitige Anwendung nach Inkrafttreten der Notverordnung. In Rheinfelden und Waldshut wurden öffentliche Versammlungen des Gen. Papert verboten, in denen über das Thema „Geschlechtsleben und Kameradschaftsleben in der Ehe" oder „Kultur und Kirche" gesprochen werden sollte. Der Versuch, die Aufforderung zum Kirchenaustritt mit dem Gotteslästerungsparagraphen zu unterbinden, sei zwar gescheitert. Es erfolgte nicht nur Freispruch des Angeklagten, sondern auch die Freigabe der Flugblätter. Im übrigen zeigen die Beispiele, daß nach der Notverordnung mit zweierlei Maß gemessen wird. Man hätte noch nie gehört oder gelesen, daß, wenn die Freidenker beschimpft oder ihre Gefühle verletzt werden, eingeschritten worden sei. Zum Beispiel habe in der Ratiborer Rundschau ein Artikel gestanden, in dem folgender Satz zu lesen war: „Freidenker, du bist frei wie ein Mistkäfer, der seine Eier in den Mist legt, wo er ihn findet . . ." Der Pfarrer Rönk aus Göttingen sagte in einer öffentlichen Versammlung: „Freidenker sind meistens Menschen, die geschlechtskranke Kinder in die Welt setzen." Und als nun unsere zuständige Geschäftsstelle Strafantrag stellte, antwortete der Staatsanwalt, es liege kein öffentliches Interesse vor.

Wir sind uns klar, daß man gegen die Freidenker hetzt, während dem man die sozialistische Arbeiterbewegung knebeln will. Obwohl ungeheure Summen durch Reich, Länder und Kommunen aufgebracht werden, stellt die Kirche immer größere Ansprüche. Der Bogen dürfe nicht überspannt werden. Der Arbeit der Reichstagsfraktion sei größte Beachtung zu schenken. Wenn wir als Freidenker auch parteipolitisch nicht gebunden seien, so stehe aber doch fest, daß die SPD. nach wie vor die maßgebende Vertreterin der organisierten deutschen Arbeiterschaft sei; zu wünschen wäre zwar, daß manchmal eine entschiedenere Stellung seitens der führenden Parteiinstanzen eingenommen würde.

Gen. Altenhofer (Stuttgart) verbreitete sich des weiteren über die von der Zentrale des Deutschen Freidenker-Verbandes herausgegebenen Richtlinien zur Notverordnung und **unterzog die Stellungnahme des badischen Innenministeriums zu den Eingaben des Deutschen Freidenkerverbandes einer scharfen Kritik. Trotz persönlicher und brieflicher Vorstellung wurden die Eingaben wochenlang nicht beantwortet.** Einem Flugblatt zur Bekämpfung des badischen Konkordats wurde die Genehmigung versagt. Eine recht eigenartige Begründung gab Herr Innenminister Wittemann zu den Verboten der Freidenker-Versammlungen in Waldshut und Rheinfelden, zu denen wir Beschwerde eingelegt hatten. Die Verbote bestünden zu Recht, da der Freidenker-Verband eine politische Vereinigung sei, das gehe aus den Satzungen hervor, in denen es unter § 1 Absatz 3 heiße, „der Verband bezwecke die Einwirkung auf die Gesetzgebung in allen kulturpolitischen Fragen". Da möchten wir an Sie, Herr Minister, doch die Frage richten, was denn die Kirche bezweckt, wenn sie mit dem Staate Konkordate abschließt?

Die sehr rege Aussprache zu den beiden Referaten ergab Einstimmigkeit darin, daß trotz der Knebelung durch die Notverordnung der Kampf gegen das Konkordat und für die freigeistige Weltanschauung aufgenommen und weitergeführt wird. —oml—

Was ist Marxismus?

„Um die Zusammenhänge im Leben einer menschlichen Gesellschaft zu verstehen, muß man vor allem die materiellen Bedingungen des Lebens dieser Gesellschaft untersuchen, d. h. man muß kennen lernen, wie das Wirtschaftsleben in dieser Gesellschaft aussieht . . ."

Dieser Satz aus der neuen Schrift: „Was ist Marxismus?" charakterisiert die materialistische Geschichtsauffassung, die wieder ein Hauptteil der marxistischen Lehren ist. — Lesen Sie diese neue Broschüre. Die Volksbuchhandlung hat sie — zum Preise von 10 Pf. — vorrätig.

Aus aller Welt

Festgenommen

Stuttgart, 6. Juli. (Eig. Meldung.) Der Täter, der am 1. Juli in einem Hause der Raitelsberstraße eine Frau überfallen und beraubt hat, ist am Montag früh in der Person des Kraftwagenführers Albert Fauser aus Stuttgart im Oberamt Neresheim verhaftet und nach Stuttgart überführt worden.

Der Malchower Mörder Jonas vor Gericht

Güstrow, 6. Juli. Vor dem hiesigen Schwurgericht stand heute der Prozeß gegen den **Fabrikanten Friedrich Jonas** zur Verhandlung. Der Angeklagte hatte bekanntlich am 4. Mai d. J. den **Justizoberwachtmeister Gläsel**, der den Auftrag hatte, den s. Zt. in Untersuchungshaft befindlichen Jonas zu überwachen, erschlagen. Nach der Tat war Jonas geflohen, konnte aber einen Tag später von der Polizei auf dem Motorschiff „Bubi", auf dem er sich mit seinen Helfershelfern verborgen hielt, festgenommen werden. Diese, der Lagerverwalter Caselitz und der Buchdrucker Hch. Jörß, sind wegen Gefangenenbefreiung und Beihilfe zum Totschlag, die Ehefrau Jonas wegen Beihilfe zur Gefangenenbefreiung, angeklagt. Während Jonas in Deutschland sechsmal vorbestraft ist, sind die Mitangeklagten bisher unbestraft. Auch von **Amerika aus wird Jonas gesucht.**

Folgen der Nazikrawalle

Die rechts- und linksradikalen Pöbeleien an der **Berliner Universität** haben für den **Universitätspedell Rowald** schlimme Folgen gehabt. Der seit vielen Jahren im Dienst stehende Pedell hat infolge der vielfachen Erregung, die die Unruhetage für ihn gebracht haben, einen schweren **Nervenzusammenbruch** erlitten. In einem Anfall von **Verfolgungswahnsinn** stürzte er am Samstag vormittag, laut um Hilfe schreiend, durch die Räume der Universität, wobei er sich von schießenden Leuten verfolgt glaubte. Der Unglückliche, dessen Toben große Aufregung hervorrief, wurde zum Universitätsarzt gebracht.

Goldgräber-Tragik

Im Staate Sinaloa (USA.) wütet in der Goldgegend von El Tambor eine Typhusepidemie, die täglich Dutzende von Personen hinrafft. Die Goldgräberfamilien sind der Tücke der Krankheit hilflos ausgesetzt, da es an Aerzten und Medikamenten fehlt.

„Vaterländische Zwecke"

In den Geschäftsräumen eines Berliner Bankiers erschien am Samstag mittag ein Mann im Alter von etwa 30 Jahren, der versicherte, daß er den Bankier in einer **„dringenden vaterländischen Sache"** sogleich sprechen müsse. Als ihn der Bankier in seinem Privatkontor empfing, sagte der Fremde, daß er **unbedingt 18 500 Mark** haben müsse, die zu „höchst vaterländischen Zwecken" sofort gebraucht würden. Ueber den Zweck ließ er sich nicht näher aus, murmelte etwas von „Spartakiade" und zog schließlich einen Revolver, den er auf den Bankier richtete. Der war geistesgegenwärtig genug, sich laut um Hilfe rufend, auf den unheimlichen Besucher zu stürzen. Der Mann mit den „vaterländischen Zwecken" versuchte nun zu entfliehen, wurde aber mit Hilfe des inzwischen alarmierten Ueberfallkommandos **festgenommen.** Auf der Polizeiwache verweigerte der Attenttäter jede Auskunft.

Schweres Autounglück

Sagan, 6. Juli. Heute früh ereignete sich kurz vor den Toren der Stadt ein schweres Autounglück. Ein von einem ländlichen Fest heimkehrendes **Auto mit Musikern fuhr in voller Fahrt auf der** abschüssigen Straße gegen einen Baum. Fünf von den sieben Insassen wurden verletzt, davon drei schwer. Ein Musiker erlitt einen schweren Schädelbruch, und die Frau des Musikdirektors hat schwere Brustquetschungen davongetragen. Auch der Führer und Besitzer des Autos zählt zu den Schwerverletzten. Der Wagen wurde völlig zertrümmert.

Am Aktenstaub gestorben

Der Funktionär der **Wiener Staatsanwaltschaft** Alois Prambach, der im Bezirksgericht Fünfhaus seinen Dienst versah, ist an einer **Blutvergiftung** gestorben. Wie eine Korrespondenz mitteilt, hatte er eine kleine Schnittwunde auf der Lippe, die er **mit Aktenstaub infizierte.** Wenn das richtig ist, muß man diesen Tod als eine **tragische Groteske** bezeichnen: Das Menschenleben wird im Gericht zum Aktenmaterial, das Schicksal zu papierenem Wust, der langsam vergilbt und verstaubt. In diesem Aktenstaub, der alles Lebendige verschlingt, arbeiten Menschen, pressen Schicksale in Paragraphen, lassen das Dasein zu Tatbeständen einschrumpfen, bringen die Unordnung der Welt in die Ordnung des Gerichts. Und wenn der Aktenstaub aufwirbelt, verdunkelt er alles Menschliche, macht er es farblos und zum schablonenmäßigen „Fall". Aber auch jene, deren Beruf es ist, dem Aktenstaub zu dienen, sind Menschen von Fleisch und Blut — nur besteht die Gefahr, daß der Staub in ihr Blut eindringt und sie langsam vergiftet. Der Funktionär der Staatsanwaltschaft Alois Prambach ist an dem Aktenstaub gestorben; andre leben weiter und merken es gar nicht, daß in ihren Adern längst nicht mehr Blut, sondern der Staub der Akten kreist.

Kritik am Lübecker Kindersterben verboten

Wir lesen im B. T.: Das **Strafverfahren gegen die Lübecker Aerzte,** die Professoren Deyke, Klotz und den Obermedizinalrat Altstaedt hat eine wohl von **niemand erwartete Auswirkung** gehabt. Nachdem mit Recht an dem langsamen Fortgang der Untersuchung gegen die Aerzte, die bekanntlich monatelang dauerte, Kritik geübt worden war, hat jetzt der **Lübecker Oberstaatsanwalt** nicht etwa das Verfahren gegen die Aerzte beschleunigt, sondern **gegen alle diejenigen,** die es gewagt haben, **ein offenes Wort** über die Lübecker Calmette-Affäre zu sagen, **Verfahren** eingeleitet.

So ist gegen den **Neukölner Stadtmedizinalrat Schminke,** der sich um die Rettung zahlreicher durch Schuld der Lübecker Aerzte erkrankter Kinder sehr verdient gemacht hat, ein Verfahren wegen Beleidigung und Hausfriedensbruchs eingeleitet worden. Die Beleidigung wird darin erblickt, daß Schminke an der Tätigkeit der beschuldigten Aerzte Kritik geübt hat, das Delikt des Hausfriedensbruchs, weil er das Krankenhaus, in dem das Calmette-Unglück passiert war, betreten hatte.

Auch der **Berliner Rechtsanwalt Dr. Frey,** der sich als Nebenkläger für eine große Gruppe geschädigter Kinder und deren Eltern mit Energie für das Ingangkommen des Strafverfahrens eingesetzt hat, hat das Mißfallen des Oberstaatsanwalts erregt. Frey hat **die Lübecker Justiz kritisiert.** Sie arbeite **zu langsam!** So etwas darf man in Lübeck nicht tun. Gegen ihn soll disziplinarisch vorgegangen werden. Dabei sollte der Herr Oberstaatsanwalt dem Rechtsanwalt geradezu dankbar sein, daß er sich diesmal ausnahmsweise für die staatsanwaltliche Tätigkeit eingesetzt hat!

Das dritte Verfahren endlich richtet sich gegen einen **Lübecker sozialdemokratischen Redakteur Solmitz,** weil er Teile der Anklageschrift veröffentlicht hat. Verletzung des § 17 des Pressegesetzes. Dabei hat der preußische Justizminister selbst diesen Paragraphen für antiquiert erklärt. In Lübeck weiß man davon nichts.

Kritik ist in Lübeck verboten.

Chefredakteur Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, ferner i. V.: Gewerkschaftliches, Feuilleton und Aus der Partei: S. Grünebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten, ferner i. V.: Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe.

Wilsondenkmal in Posen

Eine Botschaft Hoovers

Im Wilsonpark zu Posen wurde das von dem Klaviervirtuosen und ersten polnischen Staatspräsidenten Paderewski gestiftete Wilsondenkmal durch den polnischen Staatspräsidenten

Das Denkmal des amerikanischen Staatspräsidenten Woodrow Wilson

Moscicki enthüllt. Das Denkmal stellt Wilson im Gehrock und mit vorgestreckten Armen dar. Zu seinen Füßen befindet sich die Landkarte Polens. Im Moment der Enthüllung flogen tausend bereitgehaltene Brieftauben auf.

Als erster Redner nahm der Botschafter der Vereinigten Staaten, Willys, das Wort, um eine Botschaft zu verlesen, die Präsident Hoover im Namen der amerikanischen Bevölkerung aus Anlaß der Denkmalseinweihung an die polnische Bevölkerung richtete.

Die amerikanische Botschaft lautet: „Trotz der großen Entfernung, die die Vereinigten Staaten und Polen voneinander trennt, und trotz der Verschiedenheit der Sprache gibt es für mich besondere Ursachen, das große Interesse darzulegen, das ich an der heutigen Feier nehme. Ich bin glücklich, Polen persönlich zu kennen. Ich bin glücklich, den hervorragenden Polen zu kennen, dessen Initiative die heutige Feier entstammt. Ich bin glücklich, den Präsidenten Wilson gekannt zu haben, der eine so hervorragende Rolle in der Geschichte Polens gespielt hat. Als sich Wilson für Polen einsetzte, hat er die stürmische Epoche der Weltgeschichte vor Augen gehabt, in der Kociuszko, Pulawski und andere Personen das Meer überwanden, um in zerrissenen Uniformen in Washingtons Armee zu kämpfen. Im Laufe der folgenden anderthalb Jahrhunderte wurden die Bande zwischen den beiden Völkern über alles Erwarten hinaus erneuert und vermehrt. Daher sind wir heute vor allem darüber gerührt, daß die Enthüllung des Wilson-Denkmals in Polen gerade am 4. Juli stattfindet, dem Tage der Unabhängigkeitsfeier in Amerika. Im Namen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten möchte ich meine tiefste Rührung aussprechen und bekunden, daß wir die Enthüllung am heutigen Tage richtig verstanden haben: als einen Beweis des Gedenkens, der Sympathie und der Freundschaft."

Die englische Bergwerksvorlage im Unterhaus angenommen

London, 6. Juli. Das Unterhaus bewilligte heute ohne Aussprache in zweiter Lesung die Vorlage über die Kohlenbergwerke.

Streikwelle in Spanien

Barcelona, 6. Juli. Hier ist heute früh der Generalstreik der Telephon- und Telegraphenarbeiter und -angestellten ausgebrochen. Das Haupttelegraphenamt wird von Zivilgarde bewacht.

Schweres Flugzeugunglück in Frankreich

In Hirson stürzte bei einer Flugveranstaltung ein Großflugzeug über der Zuschauermenge ab. **Fünf Personen wurden getötet** und zehn schwer verletzt.

Das Testament eines Originals

Prozessierende Erben und romantischer Gasthof

Fürst Radziwill stand immer im Rufe eines Originals. Als er vor einigen Jahren starb, hinterließ er ein Vermögen, dessen Millionen hauptsächlich aus den trüben Quellen Monte Carlos geschöpft waren. Als Haupterben waren eingesetzt: die Gattin und die Grafen Rochefoucauld, die sich bei der Teilung der Riesensummen heftig in die Haare gerieten. Fürst Radziwill pflegte zu sagen: das Bild eines Verstorbenen schwindet nur dann nicht in den Herzen der Hinterbliebenen, wenn es von einem kostbaren Lorbeerkranz umrahmt ist. — Für diesen Lorbeerkranz hatte Fürst Radziwill in reichlichem Maße gesorgt. Eine seiner weiblichen Jugendbekanntschaften erhielt eine jährliche Rente von 10 000 Mark zugesprochen. Eine andere ihm nicht fernstehende Dame bekam 9000 Mark Rente. Die Gattin aus erster Ehe, die Fürstin Galitzin, erhielt die gleiche Summe. Testamentarisch waren die Erben zur Auszahlung der drei Renten verpflichtet.

Das Vermächtnis enthielt noch eine weitere sonderbare Bestimmung. „Wenn meine Familie, meine Frau und meine Vettern (die Grafen Rochefoucauld) Wert darauf legen, widerspreche ich dem nicht, daß jährlich zu meiner Erinnerung eine Messe gelesen wird. Aber in diesem Falle mache ich es zur Bedingung, daß meine Erben für jede Messe die Summe von 50 000 Mark an eine Freidenkergesellschaft überweisen . . ."

In diesem einen Punkte waren sich alle Erben einig: für den verstorbenen Fürsten Radziwill ist niemals eine Messe gelesen worden. Aber hinsichtlich der Legate an die drei Frauen stellten sich bald Meinungsverschiedenheiten ein. Wer von den Erben sollte die Renten zahlen? Die Gattin, die den Hauptteil des Vermögens erbte, also die Aktien der Spielhölle Monte Carlo, entledigte sich einige Jahre dieser Pflicht, stellte sich aber dann — und nicht zu Unrecht auf den Standpunkt, daß die Grafen Rochefoucauld schließlich auch einmal an die Reihe kommen dürften. Diese Herren weigerten sich zuerst, ohne jede Begründung. Es ginge ihnen so schlecht, sagten sie schließlich, daß sie keine Renten an die einstigen Freundinnen und an die Gattin ihres Onkels zahlen könnten. Der Not gehorchend hätten sie, die Grafen Rochefoucauld, bereits zu dem verzweifelten Mittel greifen müssen, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ihr Schloß haben die Grafen in ein Wirtshaus verwandelt, dem der nicht gerade geschmackvolle aber zugkräftige Name „Zum Maxim der Grafen Rochefoucauld" gegeben wurde. Die Vorfahren der feudalen Gastwirte hätten ihren Besuchern wahrscheinlich kostenlos Gastfreundschaft gewährt. Die Rochefoucauld von heute sind sehr gerissene Geschäftsleute. Die Automobilisten, die im „Maxim der Grafen von Rochefoucauld" halt machen, müssen für eine Tasse Tee, ein Mittagessen oder eine Flasche Champagner Preise bezahlen, die neben denen der teuersten Luxuslokale in Ehren bestehen können.

*

Wie es heißt, geht das Geschäft sehr gut. Je „origineller" der Schauplatz des Vergnügens ist, umso größer die Ausgabefreudigkeit. Ein Gastwirt hat ein Vermögen damit verdient, als er die Villa des Frauenmörders Landru aufkaufte und ein elegantes Restaurant darin errichtete. Welch süßer Schauer für die Gäste, Speisen aus der gleichen Küche zu bekommen, in der der „triste Herr von Gambais" einst seine zahlreichen Opfer im Ofen verbrannte! Ist es nicht beneidenswert, in dem gleichen Zimmer, vielleicht an dem gleichen Tische zu sitzen, an dem der Mörder eine seiner „Bräute" bewirtete, bevor er dazu schritt, sie umzubringen? Und dann, in unserem Falle — welch ein Genuß, in dem Schlosse eines echten Grafen zu speisen, dessen Onkel der Besitzer der Spielhölle von Monte Carlo gewesen ist! In einem Himmelbett zu übernachten, das vielleicht den Vorfahren deren von Rochefoucauld von der Madame Pompadour zum Geschenk gemacht wurde! Aus einer Tasse zu trinken, von einem Teller zu essen, aus dem schon — nein, das sind Genüsse, die nur mit schwerem Geld aufgewogen werden können . . . Und doch sind die Grafen Rochefoucauld nicht in der Lage, die Renten an die ihr Erbe gebunden ist, zu zahlen? . . . Das Gericht hat jetzt darüber zu entscheiden . . . Wie sein Spruch auch ausfallen mag: das „Maxim der Grafen Rochefoucauld" ist jetzt erst recht der Anziehungspunkt der „eleganten Welt" Frankreichs geworden . . . .

Gewerkschaftliches

Die Anwälte machen Reklame

Die Anwälte verfochten bisher in ihrer Standespolitik eine Reihe von Grundsätzen, die zu den wirtschaftlichen Erfordernissen der Gegenwart immer mehr in Widerspruch gerieten. So war es verpönt, daß die Anwälte für ihre Leistungen Reklame machten. Die letzte Abgeordnetenversammlung des Deutschen Anwaltsvereins hat, wie wir vom ZdA. erfahren, diesen Standpunkt preisgegeben. Sie hat beschlossen, daß die Bezirksgruppen und örtlichen Vereine zu einer „würdigen, aber wirksamen Aufklärung des Publikums, insbesondere der wirtschaftlichen Verbände, über die Vorteile der Vertretung durch Anwälte in Beitreibungssachen" veranlaßt werden sollen. Die Aufklärung soll sich dabei vor allem auf die in vielem täuschende Reklame der Inkassobüros erstrecken. Mit dieser „Kollektivreklame" hoffen die Anwälte, sich ein Arbeitsgebiet stärker zu erschließen, in dem sie bisher von den Inkassobüros stark bedrängt worden sind.

So wird einer nach dem anderen von jenen verstaubten standespolitischen Grundsätzen der Anwälte durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt. Auch die Tariffeindlichkeit der Anwälte ist noch ein Erbstück jener geradezu mittelalterlichen Standesauffassung. Es wird die Aufgabe der gewerkschaftlich organisierten Angestellten sein, diese Entwicklung im Lager der Anwälte zu beschleunigen.

*

Der Deutsche Bekleidungsverband hat in Gemeinschaft mit den übrigen Arbeitnehmerverbänden des Bekleidungswesens den Verwaltungsrat ersucht, den Rahmen der der Versicherung unterstehenden Heimarbeiter mindestens auf den Umfang zu erweitern, wie ihn die Notverordnung über die Einschränkung der Arbeitslosenversicherung der Heimarbeiter vom 18. Oktober 1930 zuließ.

Der **große Streik im nordfranzösischen Textilgebiet** von Roubaix und Tourcoing geht zu Ende. Es kam zu einer Einigung zwischen einem Teil der Textilunternehmer und den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften auf der Basis eines vom Ministerpräsidenten Laval gemachten Vermittlungsvorschlags. Danach wird den Arbeitern und Angestellten zwar die Anwesenheitsprämie, die als Ausgleich für die Beiträge zur neu eingeführten Altersversicherung gewährt wurde, nicht weiter gezahlt, aber eine Lohnerhöhung von 3 Prozent gewährt, die allerdings ab 15. September wieder auf 1 Prozent zurückgeht. Das Abkommen kann mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden. Beide Parteien haben sich jedoch verpflichtet, von dieser Klausel nicht vor dem 31. Mai 1932 Gebrauch zu machen. Die Vereinbarung umfaßt etwa 60 Fabriken mit einer Belegschaft von zusammen 50 000 Arbeitern, die am Montag die Arbeit wieder aufnahmen. Die übrigen Arbeiter, die bei den dem Textilkonsortium angeschlossenen Firmen beschäftigt sind, streiken weiter, da das Konsortium zu keinem Entgegenkommen bereit ist.

Soziale Rundschau

Arbeitsbeschaffung und Versuchsgut Muggensturm

Man schreibt uns:

Eine unerhörte Tat erlaubte sich dieser Tage das **Versuchs- und Lehrgut in Muggensturm.** Nachdem die Reifezeit der Himbeeren gekommen ist, versucht die Verwaltung mit Einverständnis des Kreisschulamts, **alle Schulkinder der drei ältesten Klassen für ein paar Bettelpfennige zur Arbeit aufzufordern!** Nach Bekanntwerden dieser Tatsache berief der hiesige Ortsverein der SPD. alle Bürger zu einer **Protestversammlung** im Bürgersaale des Rathauses ein. Gen. Fraktionsführer Schenkel sprach vor der überfüllten Erwerbslosenversammlung, wobei er sich mit aller Entschiedenheit gegen das Verhalten des Versuchsgutes wandte. Gerade bei unserer großen Arbeitslosenzahl, in welcher eine Menge Ausgesteuerte sich befinden, wäre es das erste, dazu beizutragen, daß die Erwerbslosenziffer in hiesiger Gemeinde vermindert wird. Natürlich hätte das Versuchsgut bei Kinderarbeit billige Arbeitskräfte, auf der anderen Seite wären unsere Ausgesteuerten bereit, für angemessenen Lohn produktive Arbeit zu leisten. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die hiesige Gemeindeverwaltung Schritte unternehmen wollte, damit wenigstens wieder ein Teil der Bedürftigen in das Arbeitsverhältnis kommen könnte. Zufolge der Aufforderung des Versuchsgutes wurde von den Versammlungsteilnehmern eine Entschließung angenommen, wonach den Schulkindern nicht erlaubt werden soll, dort für ein paar Pfennige zu arbeiten, wo doch erwachsene Arbeitskräfte in großer Anzahl vorhanden sind.

Volkswirtschaft

Das Kapital im deutschen Einzelhandel

Interessante Zahlen von der Kapitalbildung.

Der Hauptteil des Kapitals steckt beim Einzelhandel bekanntlich in den Warenlagern. Diese haben sich, wie wir dem Verbandsorgan des Zentralverbandes der Angestellten entnehmen, in den fünf Jahren wie folgt entwickelt:

Millionen RM.

	Bestand am 1. 1. 1924	bis	Zuwachs 31. 12. 1928	= v. H.**)
Spezialgeschäfte	3213		3586	= + 111,6
Warenhäuser	115		171	= + 148,6
Sonst. gemischte Warengeschäfte	245		303	= + 123,9
Trödel-, Hausier- u. Straßenhandel	136		116	= + 85
Konsumvereine*)	22		66	= + 292,4
Summe	3731		4242	= + 113,7

Das ist nur die Zunahme der Lager in denjenigen Geschäften, die schon am 1. Januar 1924 bestanden haben. (Der Abgang durch die aufgelösten Geschäfte ist miteinberechnet.) Sieht man von den Konsumvereinen ab, die ja nicht in den Rahmen privater Berechnung hineingehören, und deren prozentualer Zuwachs auch nur deshalb so groß erscheint, weil ihre Lager nur einen so kleinen Teil der Gesamtsumme ausmachen, so **haben sich am riesigsten die Warenhäuser ausgedehnt,** wenn auch natürlich der absolute Zuwachs am größten bei den Spezialgeschäften war. Es ist aber überhaupt von Wichtigkeit, daß der gesamte Lagerbestand des deutschen Einzelhandels — oder vielmehr dessen Wert — sich in den fünf Jahren **weit mehr als verdoppelt hat.** Dazu kommen noch die Lager der neugegründeten Geschäfte, die für den 31. Dezember 1928 auf rund 200 Millionen Reichsmark geschätzt werden. Und außerdem kommen rund 630 Millionen Reichsmark hinzu für Neubauten und Neuausstattungen von Geschäften. Alles in allem hat somit der deutsche Einzelhandel in den fünf Jahren sein im Geschäft steckendes Kapital sichtbar **um rund 6100 Millionen Reichsmark vermehrt,** so daß auf jedes Jahr mehr als eine Milliarde Zuwachs entfällt. Es ist demnach im deutschen Einzelhandel, in den fünf Jahren nach der Inflation, **schnell und viel neues Kapital** gebildet worden. Und dieses Kapital hat sich in den wenigen Händen zusammengeballt, unter gleichzeitiger Enteignung vieler kleinerer Unternehmer und riesig wachsender Arbeitslosigkeit. So hat der Einzelhandel sein Teil beigetragen zur Steigerung der Widersprüche — wachsender Reichtum der einen bei wachsender Entbehrung der anderen —, an deren Folgen wir jetzt leiden.

*) Ohne die Zentralläger, welche zum Großhandel gerechnet sind.
**) Die Prozentsätze stimmen nicht genau, weil die absoluten Summen abgerundet sind.

Horden des Verbrechens

Ungeheuerliche Zustände im Hitlerlager

In Hagen kam es kürzlich zu einer **blutigen Schießerei** zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Anfänglich standen die Kommunisten unter dem Verdacht der Urheberschaft, aber bald stellte sich heraus, daß Nationalsozialisten aus Dortmund die Angreifer waren. Es wurden 25 Nationalsozialisten verhaftet, von denen sich heute noch 6 in Hagen i. Westf. in Haft befinden.

Einer dieser Nazis, ein gewisser Berger, hat jetzt im Gefängnis aus freien Stücken einen langen Brief über die Zustände in der NSDAP. angefertigt. Er entwirft darin ein geradezu grauenhaftes Bild. Berger, der nach der Wahl zu den Nationalsozialisten übertrat, weil er ihren Idealismus und die Ehrlichkeit ihrer Ziele glaubte, nennt jetzt die Dinge beim wahren Namen und nennt seine früheren Kameraden Einbrecher, Zuhälter, Taschendiebe, Betrüger, Zechpreller, **Straßenräuber** und **Meineidige.** Er belegt alles mit Tatsachen. Es sind trübe Bilder, die er malt, aber es sind Tatsachen, die er wiedergibt. Hören wir ihn:

Am 14. September saßen in Dortmund im Restaurant zum Stadttheater SA.-Leute auf Wache. Die Siegestaumel und der Durst sind groß. Das Geld ist knapp. Wie hilft man sich? Man **plündert den Weinkeller.** Selbst vor dem **Diebstahl** bei **Parteiwirten** scheut man nicht zurück. Da ist der **SA.-Mann Friedrich.** Er nimmt Sonntags ein Büfettfräulein des Hauptnazilokals Dortmunds Noelle mit zum Spazierengehen. Er hat kein Geld, er weiß aber, daß die Kleine kurz nach dem 1. noch Geld haben muß. Zunächst leiht er sich mal 3 Mark von ihr und **stiehlt ihr nach und nach den Rest.** Denn die Kleine wird allmählich betrunken. Dann bringt er sie in die Wohnung eines anderen SA.-Mannes. Dort wird sie von mehreren SA.-Leuten mißbraucht. Als nach einiger Zeit das Mädchen bei einem Diebstahl, zu dem Friederici sie gezwungen hat, aus dem Lokal Noelle fliegt, wird sie von einem SA. in die Wohnung genommen und muß sich zum Dank für das Uebernachten von 5—6 **Leuten mißbrauchen** lassen. Später wird sie auf die Straße geschickt Geld zu verdienen. Schließlich wird sie aufgegriffen und da sie erst 17 Jahre alt ist, einer Erziehungsanstalt überwiesen.

Der SA.-Mann Wentzel ist von Beruf Taschendieb. Der Sturmführer, darauf aufmerksam gemacht, erklärt, das seien Privatsachen. Wentzel fliegt erst, als er Gelder der „Roten Erde" unterschlagen hat.

Zwischen den beiden nationalsozialistischen Zeitungen, der Essener Nationalzeitung und der Bochumer Roten Erde ist ein wilder Kampf um die Dortmunder Abonnenten entbrannt. Man möchte gerne die Nationalzeitung aus Westfalen vertreiben und arbeitet mit allen Mitteln gegen sie. Ein Aktionär, Herr Schmitt-Dortmund, der 100 000 Mark in den Betrieb gesteckt hat, muß Hitler um Vermittlung anrufen, damit die Lokalredaktion in Dortmund erhalten bleiben kann. Aber der Zeitungskrieg wird noch auf andere Weise geführt. Für jeden geworbenen Abonnenten zahlt die Nationalzeitung 2 Mark, die Rote Erde, die erst 30 Pfg. gezahlt hatte, schließlich 1,50 Mark. So wirbt man denn für die meistzahlende und dreht ihr häufig genug **gefälschte Bescheinigungen an.**

Mit Fälschungen ist man überhaupt nicht kleinlich. Daß man unvorsichtige und betrunkene Gäste, die bei Noelle erscheinen, auf einer Bierreise um ihre Barschaft erleichtert, ist noch harmlos. Da gibt es noch ganz andere Dinge. Der Verwalter des SA.-Heimes Norden, Herr Bartzen, **vorbestraft mit 2 Jahren Zuchthaus,** bestellt mit dem SA.-Mann Heinrichs zusammen Schuhe und Hosen erstere bei der Firma Bohmer, letztere bei der Firma Kahre in Dortmund. Sie **vergessen zu bezahlen** und unterschlagen das Geld, das sie für Hosen und Stiefel erhielten. Darauf werden sie aus der SA. herausgeworfen. Sie wollen sich das nicht gefallen lassen und ergehen sich in Drohungen. Bartzen, der besonders scharf auftritt, erhält einen Wink, wenn er nicht ganz artig sei, werde man ihn „umlegen". Das veranlaßt ihn ganz stille zu sein und schleunigst nach Ostpreußen zu ziehen.

Der **Lieferant für Pistolen** der **SA.,** der Waffen, die so manche verhängnisvolle Rolle in Dortmund und Umgebung gespielt haben, ist der **Gausportwart des Stahlhelms** Herr Emil Metzger. Er ist strenger Antisemit, wenn er auch die **Waffenröcke** für seine Scharen bei **Juden kauft.** Wie wurden die von ihm besorgten Waffen gebraucht? Als der Sturm 83 in Ramen zu einer Versammlung fuhr, gab es wilde Schlägereien. Stühle wurden in die Fenster Mißliebiger geworfen, mit Pflastersteinen wurden die Schaufenster einer Metzgerei zertrümmert und Würste gestohlen. Der SA.-Mann Robersmeier verfügte über eine **08 Pistole mit Dum-Dum-Geschosse.** Acht Tage später wurde in Dortmund in der unteren Münsterstraße der 16jährige Schadow durch ein Dum-Dum-Geschoß **getötet.** Ein Arbeiter Steiger hatte den Robersmeier schießen sehen, kannte ihn aber nicht. Bei einer Versammlung in Aplerbeck, bei der Wagner-Bochum eine Rede hielt, besetzte die SA. von hinten durch die Fenster des Saales die Bühne und bewaffnete sich dort mit Gewehrattrappen aus Holz. Da aus der Versammlung Widerspruch gegen das Eindringen der SA. erhoben wurde, gingen diese gegen die Besucher vor. Es entwickelte sich eine **wüste Schlägerei.** Wagner warf dabei Wasserflasche und Glas in den Saal. Als einige SA.-Leute vor der Schupo im Auto flüchteten, saß Wagner mit der Pistole am Fenster. Als der Sturm 83 zum Bezirkstag nach Holzwedecke fuhr, wurden die Autos von der Polizei überraschend auf Waffen untersucht. Aus Wut darüber lauerte der SA.-Führer Bauer, wie er selbst angab, dem Polizeipräsidenten auf „um ihn zu erschießen". Als die Wohnung eines SA.Mannes in der Güntherstraße in Dortmund mit Steinen bombardiert wurde, schossen die SA.-Leute Albrecht und Robersmeier in die Wohnung eines Kommunistenführers und verletzten ihn schwer. Zwei andere SA.-Leute schworen aber, die beiden zur selben Zeit anderswo gesehen zu haben.

Im Prozeß Gerecke, des bekannten Zeitungsverkäufers von der Remoldikirche, wurde eine **Rekordzahl von Meineiden** geleistet. Existierten doch bei der **SA.** ganze **Lehrgänge über gerichtliche Aussagen.** Vorproben für Prozesse wurden bei verschiedenen Stürmen abgehalten. Aber nicht genug damit. Die Zeugengelder, die man nachher versoff, waren aufgrund **gefälschter Verdienstbescheinigungen abgehoben** worden. Ein Teil des Geldes mußte für diesen Zweck abgeführt werden.

Die Feststellungen des früheren Nazimannes Berger sind so ungeheuerlich, daß die Justiz daran nicht wird vorbeigehen können. Aber so wie er die Dortmunder NSDAP. schildert, sieht es im Nazilager vielerorts aus. Es ist ein **gewaltiger Sumpf,** der bis in die höchsten Spitzen reicht.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet

Karlsruhe.

Rüppurr, „Naturfreunde". Heute Zusammenkunft im „Grünen Baum." 502

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

KÜHLSCHRÄNKE
KÜHLANLAGEN

ausgerüstet mit

ROT-SILBER-KÜHLAUTOMAT AS

Hermetisch geschlossen
Keine Explosions-Gefahr
Kein Gasentweichen

Praktisch unbegrenzte Lebensdauer
kein Nachfüllen von Oel u. Kältemedium
selbsttätige Regelung d. Kälteerzeugung

BROWN, BOVERI & Cie. A.G.
MANNHEIM
Abt. Kälte-Maschinen

Hch. Langendörfer
Walzenmühle / Weingarten i. B. / Telefon Nr. 19
empfiehlt neben seinen Weizen- und Roggenmehlen **Spezialmehle** wie Kommismehl, Weizenschrot, Roggenschrot

Leipheimer & Mende
Das Spezial-Geschäft
für Herren- und Damenstoffe, Wäsche- und Haushaltungsstoffe

KNOPF
Geschw. Knopf
Das große mod. Warenhaus für Alle

Städt. (Oeffentl.) Sparkasse
BADEN-BADEN
Amtliche Hinterlegungsstelle

Drogerie Wilhelm Tscherning
Ecke Amalien- und Karlstraße
Fernsprecher 519
Mitglied der Rabattspargruppe

Natürliche Mineralbrunnen
des In- und Auslandes zu Kurzwecken und als tägliches Tischgetränk in allen Preislagen
BAHM & BASSLER
Gegründet 1887
KARLSRUHE i. B., Zirkel 30, Telefon 255
FREIBURG i. Br., Lagerhausstr. 19, Tel. 2967

Inserieren im Volksfreund
Belebt das Geschäft - Erhöht den Umsatz

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

7. Juli.

1752 *J. M. Jacquard, Erfinder des mechanischen Webstuhls. — 1783 †Dicht. Magnus G. Lichtwer — 1860 *Komponist Gustav Mahler. — 1866 †Pädagog Adolf Diesterweg. — 1868 Allgem. Deutscher Arbeiterverein geschl. — 1893 †Schriftst. G. de Maupassant. 1921 †Engl. Staatsm. Lord Balfour.

Nationalsozialisten vor dem Schnellrichter

fm. **Karlsruhe.** Unter dem Schutz eines verstärkten Aufgebotes von Polizei- und Kriminalbeamten würde heute nachmittag im sogenannten Schnellverfahren gegen vier Angehörige der NSDAP., den wegen Betrugs und Unterschlagung **wiederholt vorbestraften** 27 Jahre alten ledien Kaufmann Hermann **Graunitz**, den **vorbestraften** verheirateten 39 Jahre alten Mechaniker Hermann **Schneider**, den wegen **schweren Diebstahls vorbestraften** ledigen Metzger Paul **Belle**, der in Uniform vor Gericht erscheint und den 41 Jahre alten verheirateten Hilfsarbeiter Johann Adam **Martus** aus Durlach, verhandelt, die wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung angeklagt sind.

Gegenstand der Anklage bildete ein Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, der sich beim alten Bahnhof Ecke Kriegs- und Kreuzstraße Sonntag abend zutrug und bei dem im Verlaufe der Tätlichkeiten einzelne Personen verletzt wurden. Sämtliche Angeklagten bestreiten, sich in strafbarer Weise beteiligt zu haben. Nicht unerheblich verletzt wurde ein 20 Jahre alter Arbeiter, dessen Kopf und linke Hand verbunden sind. Er sowohl, wie die anderen Zeugen, von denen einer ebenfalls verletzt wurde, vermögen keine Angaben über die Täter zu machen. Ein Zeuge, der bei seiner Vernehmung vor der Polizei Belle, Martus und Schneider als Täter angegeben hatte, bestreitet heute, die Täter erkannt zu haben. Die Beweisaufnahme ergibt kein klares Bild der Sachlage, so daß weitere Zeugen gehört werden sollen. Entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft beschloß das Gericht, die Angelegenheit in das **ordentliche Verfahren** übergehen zu lassen. Der Staatsanwalt beantragte, gegen die Angeklagten Haftbefehl zu erlassen, während der Verteidiger dafür eintritt, die Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Ueber diese Anträge wird das Gericht noch zu entscheiden haben.

In einer am Vormittag abgehaltenen Schnellrichtersitzung hatte sich der Bäcker Hermann **Turecht** von Ostersheim wegen Körperverletzung zu verantworten. Es kam am Sonntag, wie der Polizeibericht meldete, in der Nähe der Wirtschaft „Zum Landsknecht" zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Turecht, der Mitglied der **NSDAP.** ist, mit dem dicken Ende eines Trommelschlegels, den er im Stiefelschaft mit sich führte, einem Passanten den Kopf blutig schlug. Er wurde alsbald nach der Tat festgenommen. Gegen T. wurde im Sinne der Anklage auf eine **Geldstrafe von 40 Mark**, ersatzweise acht Tage Gefängnis erkannt. (Ach, wie rücksichtsvoll! Eine derartige geringfügige Strafe soll abschreckend wirken! Die Red.)

Wie das Volk verdummt wird

Ein Geschäftsmann schreibt uns:

In einer der letzten Nummern der Badischen Presse wird der zu erwartende neue Aufstieg propagiert. Wir kleinen Gewerbetreibenden würden jede Möglichkeit begrüßen, denn wenn die Zurückhaltung der noch nicht zum Stempelngehen-Gezwungener weiter anhält, so gehen wir Zeiten entgegen, wie wir sie uns nicht haben träumen lassen.

Wenn man nun in dieser parteilosen Presse über die Umschichtung des Verbrauchs liest und dabei als Rückendeckung das Statistische Reichsamt anführt, das die Erhebung von Haushaltsrechnungen durchführt, so sollte man annehmen, daß die mitgeteilten Zahlen einigermaßen stimmen. Sie schreibt über die Verteilung der Ausgaben im Arbeiterhaushalt, worunter gewöhnlich eine fünfköpfige Familie verstanden wird, bei einem Einkommen von 2500 bis 3000 Mark: Wohnungsmiete 10,6 Prozent, Nahrungsmittel 43,3 Prozent, Genußmittel 4,0 Prozent, Bekleidung, Wäsche 11,6 Prozent, andere Bedürfnisse 30,5 Prozent.

Nun wissen wir alle aus Erfahrung, daß sich mit Hilfe der Statistik alles beweisen läßt. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Der Schreiber dieses hat für die Jahre 1929 und 1930 eine genaue Haushaltrechnung durchgeführt und wird anhand dieser Beweise zeigen, wie mit der Masse des Volkes Schindluder getrieben wird. Das Einkommen 1929 betrug Mark 2748.—, für 1930 war es 2892.—, also durchschnittlich Mark 2800.—. Eine 3-Zimmerwohnung und die wird für eine 5köpfige Familie nicht zu groß sein, kostet im Altbesitz in der Oststadt jährlich Mark 660.—, monatlich demnach Mark 55.—. Wenn man für Lebensmittel je Tag und Kopf Mark 1.— verbraucht, so kann man gewiß nicht von Verschwendung reden. Es ergibt sich für 365 Tage zu Mark 5.— je Tag eine Summe von Mark 1825.—. Kommt noch der Krankenkassenbeitrag, den man auch nicht als überflüssig ansehen kann, im Betrage von Mark 12,50 für sich und die Familie hinzu, so erfordert dieser Posten eine jährliche Ausgabe von Mark 150.—. Rechnet man diese Beträge prozentual auf das Einkommen von Mark 2800.— um, so sieht das Jahresbudget eines kleinen, selbständigen Gewerbetreibenden folgendermaßen aus: Wohnungsmiete Mark 660.00 = 24 Prozent, Lebensmittel Mark 1825.00 = 65 Prozent, Krankenkasse Mark 150.00 = 5 Prozent, zusammen 94 Prozent.

Es bleiben für Bekleidung, Wäsche und andere Bedürfnisse im ganzen noch 6 Prozent oder Mark 165.00, statt wie die behördliche Berechnung zeigt 46,1 Prozent. Nach der Reichsamtlichen Statistik dürfte bei einem Einkommen von Mark 2800.00 für Miete jährlich Mark 269,00 oder monatlich Mark 25,00 verwendet werden. Ob zum Beispiel in Karlsruhe eine Altwohnung zu diesem Preis für eine 5köpfige Familie zu haben ist, wird schwer zu beantworten sein. Für Lebensmittel liegen die Verhältnisse ähnlich. Nach dem behördlichen Schema können nur Mark 1212.00 in Betracht, d. s. zirka 100.00 monatlich oder Mark 3,30 täglich. Die Frage besteht darin, ob hiermit eine 5köpfige Familie leben kann.

Alles in allem betrachtet, dürfte die Zeit zu ernst sein, um mit Zahlen zu jonglieren. Im Kriege hat man von einer organisierten Hungersnot gesprochen und die große Masse hat sich darein gefügt, da eben nichts zu haben war. Heute haben wir Massenproduktion am fließenden Band und das Volk kann bei vollgefüllten Scheuern verhungern. Es gilt nur rücksichtslose Aufklärung und wenn die Wahrheit noch so bitter sein sollte.

Karlsruher Hafenverkehr

Im Juni 1931 hat der Wasserstand des Rheins sehr geschwankt. Am Pegel zu Maxau betrug er am Anfang des Monats 610 Ztm., stieg bis zum 4. Juni auf 631 Ztm. und fiel dann unter Schwankungen bis auf 552 Ztm. am Ende des Monats. Trotz dieser Schwankungen war der Wasserstand für die Großschiffahrt nach und von Karlsruhe günstig.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Juni 103 Güterboote und Motorschiffe sowie 268 Schleppkähne und 19 Güterboote und Motorschiffe sowie 257 Schleppkähne abgegangen. Das bedeutet eine nichtunerhebliche Steigerung, sowohl gegenüber dem Vormonat, als auch gegenüber dem Juni 1930.

Der Güterverkehr war im Juni 1931 bei der Zufuhr um rund 29 000 Tonnen und bei der Abfuhr um rund 1000 Tonnen größer als im Mai 1931. Gegenüber dem Verkehr im Juni 1930 war der Verkehr im Juni 1931 bei der Zufuhr rund 57 000 Tonnen und bei der Abfuhr 5000 Tonnen größer, so daß sich der Ausfall beim Gesamtverkehr in der ersten Hälfte 1931 gegenüber dem Gesamtverkehr in der ersten Hälfte 1930 erheblich vermindert hat.

Dagegen haben die Hafenrundfahrten mit dem städtischen Motorboot im Juni 1931 erheblich weniger Fahrgäste zu verzeichnen als im Juni 1930, was auf die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und darauf zurückzuführen ist, daß die Landverkehrsverbindung mit dem Strandbad Rappenwörth seit Juni 1930 wesentlich verbessert worden ist.

Vorsicht Mieter!

Von der Mietervereinigung wird uns geschrieben:

Wir haben schon oft gewarnt, einen Mietvertrag zu unterschreiben, ohne vorher an rechtskundiger Stelle Auskunft zu holen. Das Neueste ist jetzt, daß in Mietverträgen **überhaupt keine Mietsumme** eingetragen ist und dieser Vertrag den Mietern zur Unterschrift übergeben wird. Ist der Vertrag unterschrieben, kann der Eigentümer jede beliebige Summe einsetzen, weil ja die Unterschrift des Mieters vorhanden ist.

Weiter wird in den Verträgen gefordert, daß der Mieter jede im Verlaufe der Mietzeit vorkommende Reparatur auf seine Kosten ausführen läßt. **Mieter, lehnt derartige Verträge ab!**

Was Bergwachtleute in den Anlagen erleben!

Es ist bekannt, daß Bergwachtleute in ihrer Freizeit den Hardtwald und unsere übrigen städtischen Anlagen besuchen und jede Gelegenheit benützen, die Besucher auf die Reinerhaltung der Anlagen hinzuweisen. Da dürfte es doch mal von Interesse sein, was ein BW.-Mann alles erlebt. Geht da ein BW.-Mann am Spätnachmittag in den Anlagen der Hildapromenade spazieren und freut sich immerhin über die schön hergerichteten Anlagen. Da kommt er an drei Frauen mit Kindern vorüber, von denen sich eine anschickt, eine Orange zu schälen. Wer könnte es ihm verdenken, wenn er sich dafür interessiert, wie in diesem Falle der Abfall verwertet wird. Er setzt sich auf eine nahestehende freie Bank und beobachtet. Schon ist er erstaunt, wie die Apfelsienschalen Stück um Stück in die fein saubere Anlage geworfen werden. Es folgt eine zweite Orange mit demselben Ziel.

Nun erhebt sich der BW.-Mann, wie es seine Pflicht ist, und geht zu der betreffenden Frau und stellt ihr das Tun vor. Wie würden die Anlagen aussehen, wenn jeder Besucher seine Apfelsinenreste, Papiere usw. einfach um die Sitzgelegenheit herum wegwerfen würde! Man sieht ein und sagt gedankenlos: „das macht doch nichts", oder „auf die paar Schalen kommt es nicht an!"

Es wird der Frau klar gemacht, daß sie zu Hause ihren Abfall doch auch nicht in der Wohnung herumwirft, sondern einen bestimmten Platz dafür hätte. Warum macht mans draußen nicht auch so? Leicht wären die Schalen zum nächsten Papierkorb getragen oder wenn man dazu zu faul ist, im Kinderwagen verstaut.

Sie ist belehrt und wird künftig wissen, warum und wie man die Anlagen rein erhält. So arbeitet die Bergwacht am „Kulturvolk", still und ruhig, aber zum Segen und zur Freude der Menschen selbst. Deshalb soll man einem BW.-Mann auch nicht böse sein, wenn er seine Pflicht tut, der eine bringt so etwas auf feine Art an, der andere etwas gröber. Immer aber ists gut gemeint.

Leider aber ists vorwiegend das weibliche Geschlecht, das oft unverschämte Antworten gibt, jedenfalls als untrüglicher Ausweis des jeweiligen Bildungsgrades. Die Bergwacht wird aber noch dazu übergehen, in besonderen Fällen die Namen solcher ordnungsliebender Weiblichkeit in aller Oeffentlichkeit bekannt zu geben. Vielleicht hilft das. Wozu wird in unzähligen Artikeln auf diese Dinge hingewiesen?

*

Tag der Arbeit. Im gestrigen Bericht über diese Veranstaltung hat sich ein Korrekturfehler eingeschlichen. Es ist da von zirka dreitausend Festzugsteilnehmern die Rede, es muß aber heißen: Zirka **10 000 marschierten!** Daß die Zahl von 3000 zu nieder bemessen ist, geht auch daraus hervor, daß der Vorbeimarsch des Zuges — trotz raschem Marschtempo — bereits ¾ Stunden dauerte.

Oertliche Erholungsfürsorge der Arbeiterwohlfahrt. Eltern, vergeßt nicht Eure Kinder rechtzeitig anzumelden. Anmeldungen können erfolgen Montag, Mittwoch und Freitag von 2—6 Uhr und Dienstag, Donnerstag und Samstag, vormittags von 9—12 Uhr, im Büro der Arbeiterwohlfahrt, Karl-Friedrich-Straße 22, 2. Stock.

(:) Die Filmvorführungen des Verkehrsvereins im Konzerthaus. Wie schon mitgeteilt wurde, hat der Verkehrsverein durch seinen Werbeausschuß in vorbildlicher Weise die Gelegenheit ergriffen, um auch in diesem Jahre mit einer Reihe von Veranstaltungen in die Oeffentlichkeit zu dringen. Die Filmvorführungen im Konzerthaus, die an zwei Nachmittagen dieser Woche (Montag und Dienstag) für sämtliche Karlsruher Schulen veranstaltet werden, waren gestern von insgesamt über 4000 Kindern besucht, die mit großem Interesse die teils belehrend, teils spannend abrollende Handlung der überaus anschaulich gedrehten Filme verfolgten, zu denen Herr Polizeihauptmann Grasser von der hiesigen Polizeidirektion leicht verständliche Erläuterungen gab. Am heutigen nachmittag werden die Filmvorführungen erneut vor etwa 2500 Schulkindern fortgesetzt. Da die überaus interessanten Verkehrsfilme — „Die Verkehrszeichen", „Der Kraftfahrer", „Der Radfahrer", „Der Fußgänger", — auch für Erwachsene in hohem Maße zur Aufklärung geeignet sind, findet heute abend 8.15 Uhr im Konzerthaus eine öffentliche Vorführung mit Vortrag von Herrn Polizeihauptmann Grasser statt, wozu die Karlsruher Bevölkerung zu recht zahlreichem Erscheinen eingeladen ist. Die Kartenausgabe erfolgt in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins (Kaiserstraße 159, Ecke Ritterstraße) sowie im Zigarrenhaus Meyle am Marktplatz.

Veranstaltungen

Streichkonzert im Stadtgarten. Am Mittwoch, 8. Juli, findet im Stadtgarten, von 16 bis 18½ Uhr, ein Streichkonzert des Philharmonischen Orchesters unter der Leitung des Herrn Musikdirektor Emil Irrgang statt. Unsere Leser, und besonders Musikfreunde, seien auf dieses Konzert besonders hingewiesen.

Berénys 40 ungarische Zigeuner-Sinfoniker kommen wieder nach Karlsruhe! Der Konzertdirektion Kurt Neufeldt ist es gelungen, die 40 berühmten Berény-Zigeuner vor ihrer Abreise nach Süd- und Nordamerika, wo sie den ganzen Winter über konzertieren werden, noch für ein Karlsruher Konzert zu gewinnen, das kommenden Samstag, den 11. Juli, abends ½9 Uhr, in der großen Festhalle stattfinden wird. Nach den beiden vollständig ausverkauften Konzerten Ende November und anfangs Dezember v. Js. ist zweifellos wieder mit großem Andrang zu rechnen, zumal die Eintrittspreise, der Sommerzeit Rechnung tragend, herabgesetzt wurden. Es werden wiederum drei Vorverkaufsstellen eingerichtet: rechte Saalhälfte in der Musikalienhandlung Kurt Neufeldt, Waldstraße 81, linke Saalhälfte in der Buchhandlung Bielefeld am Marktplatz und im Warenhaus Knopf (Buchabteilung).

Die Polizei berichtet:

Politische Auseinandersetzungen auf der Straße

In der Kaiserstraße kam es gestern gegen 19 Uhr in der Nähe des Marktplatzes und in der Kreuzstraße wiederholt zu Ansammlung und Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der **NSDAP.** und vermutlich Angehörigen der **KPD.** Da die Polizei sofort zur Stelle war, konnten die Ansammlungen leicht zerstreut werden.

Verkehrsunfälle

Gestern abend stießen auf dem Durlacher Torplatz ein Personenkraftwagen, welcher aus der Kapellenstraße kam und nach dem Friedhof fahren wollte, und ein durch die Ludwig-Wilhelm-Straße in Richtung Kaiserstraße fahrender Radfahrer dadurch zusammen, daß der Radfahrer dem Personenkraftwagen gegenüber das Vorfahrtsrecht verletzte. Der Radfahrer kam zu Fall und wurde leicht verletzt; das Fahrrad wurde beschädigt.

In der Durlacher Allee wurde ein Motorradfahrer, der in den Weinweg einbiegen wollte, von einem in Richtung Durlach fahrenden Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Wie festgestellt worden ist, hat der Motorradfahrer rechtzeitig das Zeichen der beabsichtigten Fahrtrichtungsänderung gegeben. Der Motorradfahrer wurde leicht verletzt, das Motorrad ist beschädigt worden. Die Schuldfrage bedarf noch näherer Klärung.

Ein fünf Jahre alter Knabe sprang gestern mittag in der Mathystraße hinter einem Baum hervor und versuchte, kurz vor einem fahrenden Personenkraftwagen die Fahrbahn zu überqueren. Trotzdem der Führer des Personenkraftwagens sofort stark bremste, wurde das Kind noch von dem rechten Kotflügel des Fahrzeuges erfaßt und zu Boden geworfen. Die erlittenen Verletzungen sind glücklicherweise leichter Natur.

Unfall

Bei dem Versuch, zwei streitende Hunde zu trennen, stürzte eine Geschäftsinhaberin von hier zu Boden und brach sich das linke Handgelenk.

Grober Unfug und Trunkenheit

Gestern abend kam es wiederum zwischen Personen, die dem Alkohol zuviel zugesprochen hatten, verschiedentlich zu Streitereien, so daß die Polizei einschreiten mußte. In einem Falle mußte ein Mann, der sich wegen der Bezahlung seiner Zeche mit dem Wirt tätlich auseinandersetzte, von Polizeibeamten aus der Wirtschaft entfernt werden. Der Mann setzte auch den einschreitenden Beamten starken Widerstand entgegen.

Zur Anzeige gelangte ein 27 Jahre alter Arbeiter, weil er seinen Vermieter in seine Wohnung gelockt und ihn mit einem Dolchmesser tätlich bedroht hat.

Erregung öffentlichen Aergernisses

Ein 41 Jahre alter Mann, der wiederholt in der Nähe einer hiesigen Schule durch schamlose Machenschaften Schülerinnen gegenüber Aergernis erregt hatte, konnte von der Polizei ermittelt und festgenommen werden. Der Täter, der wegen ähnlicher Delikte schon mehrfach vorbestraft ist, ist geständig.

Diebstähle

In der Franz-Abt-Straße wurde heute nacht an zwei aufgestellten Motorrädern die Boschhörner entwendet, an einem Motorrad wurde die Batterie sowie der Regler entfernt und gestohlen.

Eine Hausangestellte von hier zeigte an, daß ihr aus ihrem Nachttischschublade ein Barbetrag von 10 Mark gestohlen worden sei.

Einem 16 Jahre alten Bahntechnikerlehrling wurde an seiner Arbeitsstelle aus seinem verschlossenen Kleiderschrank eine silberne Armbanduhr gestohlen.

Im Laufe des gestrigen Tages wurden 4 Fahrräder gestohlen. 1 Knabenfahrrad ist aufgefunden worden.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ein Kaltlufteinbruch brachte gestern nachmittag und heute nacht wieder vielerorts Gewitter mit Regenschauern. Die heute früh um 8 Uhr gemeldeten Niederschlagsmengen betrugen in der Ebene 20 Liter pro Quadratmeter, in mittleren Lagen bis zu 30 und im Hochschwarzwald bis zu 50 Liter pro Quadratmeter.

Die Wetterlage stellt auch weiterhin unbeständiges Wetter in Aussicht.

Wetteraussichten für Mittwoch, 8. Juli: Fortdauer der unbeständigen und für die Jahreszeit kühlen Witterung mit zeitweise Regenschauern.

Wasserstand des Rheins

Basel 169, gest. 5; Waldshut 362, gest. 7; Schusterinsel 238, gest. 7; Kehl 358, gef. 4; Maxau 535, gef. 1; Mannheim 439 Ztm.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Arbeiterwohlfahrt

Die **Mitglieder des Vorstandes** und die **Genossinnen aller Bezirke** werden am Donnerstag, den 9. d. M., abends 8 Uhr, zu einer **Sitzung**, Karl-Friedrich-Straße 22, 3. Stock, eingeladen. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Freier Hausfrauenbund

Unsere nächste Zusammenkunft findet Donnerstag, 9. Juli, nachmittags 4 Uhr, im oberen Raum des Kaffee Stübinger statt. Tagesordnung: 1. Vortrag „Die billige Verwendung des Gases im Haushalt einschließlich des Sterilisierens". Referentin: Eine Vertreterin des städt. Gaswerks; 2. Beratung der Vereinsstatuten.

Wir bitten unsere Mitglieder und alle interessierten Hausfrauen um zahlreiche und pünktliche Beteiligung.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer

Ortsgruppenversammlung am Mittwoch, 8. Juli 1931, abends 8 Uhr, im Volkshaus. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird zahlreicher Besuch erwartet.

Bezirk Rüppurr (Dammerstock, Rüppurr, Gartenstadt)

Am Mittwoch, 8. Juli, 20.30 Uhr, findet im „Zähringer Löwen" eine **Parteiversammlung** statt, zu der auch Volksfreundleser eingeladen sind. Nach einem kurzen Vortrag soll die politische Lage in Reich und Land besprochen werden. Es wird guter Besuch erwartet, es ist jetzt keine Zeit zum schlafen.

Partei-Nachrichten

Gegen systematische Opposition und Parteispaltung

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die **Opposition innerhalb der Sozialdemokratie**, gegen deren „Mahnruf" an die Partei wir uns dieser Tage mit aller Schärfe wandten, wie wir uns immer und bei welcher Gelegenheit es auch sei, gegen jede Sonderaktion irgend einer Gruppe wenden werden, vertritt ihre Anschauungen seit einiger Zeit in einer eigens dazu geschaffenen Halbmonatsschrift der Klassenkampf. Der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Werkmeisterverbands, Genosse Dr. Fritz **Croner**, der langjährige Mitarbeiter dieser Halbmonatsschrift, hat dieser Tage an den Herausgeber des Klassenkampf, den Genossen Seydewitz, folgendes Schreiben gerichtet:

„Lieber Genosse Seydewitz!

Ich muß Sie bitten, die Bearbeitung der sozialpolitischen Umschau in Zukunft einem anderen Genossen zu übertragen. Ich habe in den Monaten nach dem 14. September 1930 die Haltung des Klassenkampf zu den Fragen der Parteitaktik mit steigender Verwunderung, ja Bestürzung mit angesehen. Ich spreche dabei gar nicht von der Haltung des Klassenkampf zur Gewerkschaftstaktik, wie sie in einigen Aufsätzen zum Ausdruck kam. Wir haben uns darüber bereits einmal unterhalten, ohne offenbar zu einer Verständigung gelangt zu sein. Ich habe es aber für **unerträglich** gehalten, daß der **Klassenkampf seine Aufgabe als Blatt der Opposition darin gesehen hat, die außerordentliche Gefahr einer offenen faschistischen Machtergreifung in den Augen der Arbeiterschaft systematisch zu verkleinern.** Der Klassenkampf ist vor lauter „Opposition" gegen die heutige Parteiführung nicht dazu gekommen, die große historische Leistung der Partei, nämlich die durch unsere Taktik erzwungene Legalisierung und Entlarvung der Nazibewegung zu erkennen, geschweige denn anzuerkennen. Ich bin nicht der Auffassung, daß es die Aufgabe einer Opposition in der Sozialdemokratie ist, gegen die taktische Linie der Partei zu sein, nur weil es die taktische Linie der Parteimehrheit ist. Ich meine, daß die Opposition mehr als genug sachliches Material für die Formulierung ihrer Anträge hat und es nicht nötig hat, Richtiges falsch und Falsches richtig zu finden, nur weil sie sonst an einem Punkt einmal keine Differenzen mit der Parteimehrheit finden kann.

Die Entscheidung der Partei zur zweiten Notverordnung halte ich ebenso wie Sie für falsch. Ich halte es aber für unzulässig, die Dinge so darzustellen, als ob für die so schnell veränderte Haltung der Fraktion keine andere Erklärung zu finden sei, als der Wunsch, wieder einmal umzufallen. Mit solchen Darstellungen entwertet der Klassenkampf den eigenen Standpunkt in den Augen aller, die wissen, was sich tatsächlich ereignet hat. Es ist die Aufgabe jeder wirklichen Opposition, die Argumente der Mehrheit, insbesondere die scharfe **Zuspitzung der finanziellen Lage** mit den ganz **schweren Gewichten**, die sie verdienen darzustellen und den eigenen abweichenden Standpunkt unter Würdigung der Argumente der Mehrheit darzulegen. So zu tun, als ob die anderen nur Schwachköpfe und Schwächlinge seien, die auf jeden Kohl hereinfallen, ist im besten Falle töricht. **Indiskutabel aber und für unverantwortlich in der gegenwärtigen Situation halte ich den Schritt, den der Klassenkampf mit dem „Mahnruf an die Partei" unternommen hat.** Ich verstehe zunächst nicht, wie ein Mitglied der Sozialdemokratie, solange es eben noch Mitglied der Partei ist, die „Verantwortung für einen Beschluß und seine Folgen" ablehnen kann, den die Partei gefaßt hat, — und wenn die Parteimitglieder den Beschluß für noch so falsch und gefährlich halten. **Ich verstehe vor allem nicht, wie man in der heutigen Situation, die wie keine zuvor, das ganze Unglück der proletarischen Parteispaltungen enthüllt, auch nur einen Augenblick mit dem Gedanken einer nochmaligen Spaltung der Sozialdemokratie spielen kann.**

Der Klassenkampf spielt aber nicht nur mit dem Gedanken, er **schafft ja bereits die organisatorischen Grundlagen für die Zerreißung der Partei**, wenn er die Parteimitglieder, die er nur sehr unvollständig unterrichtet hat, um „Zustimmungserklärungen" für seinen „notwendigen" Mahnruf ersucht. Ich werde mich gegen dieses unüberlegte Vorgehen der Herausgeber des Klassenkampf, das ja nicht nur die Einheit der Partei, sondern auch die Einheit der Gewerkschaften aufs Spiel setzt, mit aller Leidenschaft zur Wehr setzen. Ich bin mit aller Entschiedenheit für eine Aenderung des Parteikurses. **Niemand aber darf wagen, die Partei zu zerreißen, weil er mit den Beschlüssen der Parteimehrheit nicht einverstanden ist.**

Am Ende Ihres Aufsatzes, der hinter dem „Mahnruf" abgedruckt ist, steht der Satz: „Alle Quertreibereien und alle Sonderaktionen schaffen nur Verwirrungen, die die Arbeiterklasse schädigen, und die jetzt mehr denn je zurückgewiesen werden müssen." Es entzieht sich meinem Verständnis, wie Sie diesen Satz schreiben und gleichzeitig den „Mahnruf" unterschreiben konnten. Ich hoffe aber, Sie werden mich verstehen, wenn ich aus den Gründen, die Sie im Schlußsatz Ihres Aufsatzes niedergelegt haben, **die weitere Mitarbeit am Klassenkampf ablehnen muß."**

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:

Aufklärungskonferenz

mit dem Thema:

„Die Schicksalsstunde Deutschlands" und „Der Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Notverordnung"

findet statt:

Freitag, den 10. Juli:

Ettlingen: Abends 8 Uhr, in der „Krone". Referent: Staatsrat Gen. Rückert (Karlsruhe).

Sämtliche Parteigenossen, besonders auch diejenigen, die in der Gewerkschafts-, Sport-, Gesangs-, Naturfreundebewegung usw. tätig sind, sind eingeladen.

Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Gernsbach: Abends 8 Uhr, im „Badischen Hof". Referent: Landtagsabgeordneten Gen. Trinks (Karlsruhe). Feier zum 20jährigen Bestehen des Ortsvereins Gernsbach.

Ortsvereinskassierer! Die Abrechnung vom 2. Quartal ist so frühzeitig fertigzustellen und abzusenden, daß sie spätestens am 10. Juli in unserem Besitz ist. Auch die Revisoren sind verpflichtet, für rechtzeitige Abrechnung zu sorgen. Das Parteisekretariat.

K. Abramowitsch „Wandlungen der bolschewistischen Diktatur"

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H., Berlin SW. 68 (25 Pfg.)

Die soeben erschienene Schrift von **K. Abramowitsch, „Wandlungen der bolschewistischen Diktatur"** drängt auf wenigen Seiten die Geschichte eines ungeheuren sozialen und wirtschaftlichen Prozesses zusammen, der Rußland von Grund auf umgestaltet hat. Die Schrift ist von einem der hervorragendsten Kämpfer der russischen Revolution verfaßt, der diese am eigenen Leibe erlebt hat, von einem der ersten russischen Theoretiker, der mit der so seltenen Gabe ausgerüstet ist, das scharf begrifflich Erkannte in einer klaren, plastischen Sprache auszudrücken. Scharfsinnig unterscheidet Abramowitsch zwischen den Absichten und Zielsetzungen der wirkenden Parteien und ihren wirklichen objektiven Leistungen und wirklichen Funktionen. Die Bolschewisten wollten ein freiheitliches, sozialistisches, kommunistisches Rußland aufbauen, und sie führten ein staatliches, großindustrielles Zwangskasernentum auf, sie errichteten eine Volkswirtschaft, die mit dem „Merkantilismus" des aufgeklärten Absolutismus eine gewisse Aehnlichkeit hat, ein Merkantilismus allerdings auf einer ganz neuen Basis. Dieser Zwangsstaat „verschüttet", wie Rosa Luxemburg einmal ausführt, „den lebendigen Quell selbst, das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der Masse".

•

Neue Aufgaben der Bildungsarbeit

In dem soeben erschienenen Juniheft der „Sozialistische Bildung" faßt A. Stein in einem Nachwort zum Leipziger Parteitag die neue Aufgaben zusammen, die sich aus den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages für die sozialistische Bildungsarbeit ergeben. Neben der Zusammenfassung und Eingliederung der sozialdemokratischen Arbeitskreise verschiedener Gruppen geistiger Arbeiter und der Schaffung einer Sozialistischen Hochschulgemeinschaft, die in Leipzig beschlossen wurde, ist es vor allem die verstärkte Schulungs- und Werbungsarbeit unter der proletarischen Jugend, die den Organisationsleitern und Bildungsfunktionären neue Aufgaben auferlegt. Dr. B. Engelhardt berichtet in seinem Artikel **„Grundfragen der Abendvolkshochschule"** über die Ergebnisse der soeben abgehaltenen Tagung zahlreicher Volksbildner in Prerow, in der neue Richtlinien für die Arbeit der Abendvolkshochschule angenommen worden sind. Im Anschluß daran liest man mit Interesse den Aufsatz von Irma Hift-Schnierer über „das Wiener Volkshochschulwesen, den sehr instruktiven Artikel von Prof. H. Jlitis **„Die Erwachsenenbildung in der Tschechoslowakei"**. Der Aufsatz von B. Kautsky **„Die Wiener Parteischule"** gibt Einblick in das System der Funktionärschulung, das unserer österreichischen Bruderpartei zahlreiche geschulte Kräfte liefert.

Aus der Beilage „Sozialistische Erziehung" sei vor allem hingewiesen auf den Artikel von H. Schneckenburger **„Wie die Proletarierjugend ihre Armut erlebt"**, der gegenwärtig besonders aktuell ist. Die Beilage „Bücherwarte" bringt wie immer Besprechungen der wichtigsten Neuerscheinungen der erzählenden und der wissenschaftlichen Literatur.

Die monatlich erscheinende **„Sozialistische Bildung"** mit ihren Beilagen **„Bücherwarte"** und **„Sozialistische Erziehung"** ist zum Preis von 1,50 ℳ für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Berlin SW 68, Lindenstraße 2, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pfg. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Bier in der Retorte

Ein Besuch im Institut für Gärungsgewerbe

Im Berliner Norden, in der Seestraße, liegt ein gewaltiger Gebäudekomplex, in dem man seit mehr als 50 Jahren sich wissenschaftlich und experimentell mit dem Bier und dem Sprit, mit den Rohstoffen dieser beiden und mit ihren Herstellungsmethoden beschäftigt. Rund vier Millionen Mark haben die Bau- und Einrichtungskosten dieses Instituts für Gärungsgewerbe und Stärkefabrikation betragen. Ueber 120 wissenschaftliche und technische Arbeiter, über 30 Angestellte und mehr als 80 Arbeiter — zusammen 240 Personen — wurden zur Blütezeit dieses Instituts hier beschäftigt.

Die Gründung der Versuchsanstalt fiel in eine Zeit stärkster technischer Entwicklung des Brennereigewerbes. Während man zuvor die Kartoffeln in primitiver Weise dadurch zur Vergärung vorbereitete, daß man sie vor dem Verzuckern mit Malz in einem offenen einfachen Faß mit Dampf gar kochte und zwischen Quetschwalzen zerkleinerte, ging man nach Erfindung des Hollefreundschen Druckdämpfers dazu über, die Kartoffeln in einem geschlossenen eisernen Zylinder unter Druck zu dämpfen und sie gleichzeitig durch ein in dem Zylinder befindliches Rührwerk zu zerkleinern. 1873 entdeckte dann der Rittergutsbesitzer Henze das Verfahren, ohne Anwendung eines Rührwerkes lediglich durch den sich entspannenden Dampfdruck die Kartoffeln zu zerkleinern. Dieses Verfahren verpflanzte man mit Erfolg auch auf die Mais- und Getreidebrennerei und nun begann die systematische Durcharbeitung des gesamten Betriebsverfahrens der Brennerei.. Eine Fülle komplizierter Probleme war hier zu lösen. Die Festlegung der richtigen Maischtemperaturen, die Aufklärung der Grundlagen der Hefeernährung, die Bereitung des besten Brennmalzes und der Kunsthefe, das Destellierverfahren, die Einführung der Reinzucht-Milchsäurebakterien in die Kunsthefebereitung — das alles mußte in langjährigen wissenschaftlichen Versuchen erprobt, geklärt und weiter entwickelt werden. Daneben mußte man den Rohstoff: der Kartoffel und dem zur Brennerei verwendeten Korn seine Aufmerksamkeit schenken.

Das zweite große Gebiet des Instituts war die Brauerei. Auch hier eine Fülle schwierigster Probleme: die Auswahl und Bewertung der Gerste, ihre Reinigung und Sortierung, das Darren, das Reinigen und Schroten des Malzes, das Abläutern der Würze, das Kühlen der fertigen Würze, die Teilung der Gärung in Hauptgärung und Nachgärung, das Ausreifen des Bieres, die Bierfiltration und das Abfüllen des Bieres und das alles in verschiedener Weise gehandhabt für Ober- und Untergärung. Ungezählte Betriebshefen sind im Laufe der Jahrzehnte in der biologischen Abteilung untersucht und als bestimmte charakterisierte und dressierte Reinhefen wieder in die Praxis hinausgegangen. Wie die Filtration und das Abfüllen des fertigen Bieres zu handhaben ist, wie Flaschen und Fässer nach biologischen Gesichtspunkten zu reinigen sind, wie das Bier vom Gastwirt zu pflegen ist, das alles sind Fragen, die im Institut für Gärungsgewerbe beantwortet werden müssen. In neuester Zeit hat man ein physikalisch-chemisches Laboratorium eingerichtet, das es gestattet, die Vorgänge, die sich bei der Aufschließung und dem Abbau der Rohstoffe, bei der Gärung und Lagerung vollziehen, in neuer Richtung zu klären. Dabei sind viele wertvolle Ergebnisse erzielt worden über die Bedeutung der Phosphorsäure im Werdegang des Bieres über die Schaumhaltigkeit, über den Charakter des Bieres in seiner Abhängigkeit von der Zusammensetzung des Brauwassers. R. Gerold.

Kleine bad. Chronik

Reichelsheim (Odenwald), 6. Juli. **Im Schlaf zu Tode gestürzt.** In der Nacht zum Samstag wollte Landwirt Leonh. Schwinn gegen 11 Uhr abends noch etwas frische Luft schöpfen und setzte sich auf die Fensterbank. Dort schlief er ein und fiel durchs Fenster auf die Straße, wobei er sich so schwere innere Verletzungen zuzog, daß sein Tod alsbald eintrat. Schwinn hinterläßt Frau und sechs Kinder, von denen erst zwei schulpflichtig sind.

Baden-Baden, 6. Juli. **Schwerer Autounfall.** Gestern abend ereignete sich in der Rheinebene ein schwerer Automobilunfall. Zwei Baden-Badener Automobile fuhren an der Kreuzung Söllingen—Stollhofen und Greffern—Schwarzach aufeinander auf und wurden dabei auf das Feld geschleudert. Vier Personen wurden erheblich verwundet und mußten ins Baden-Badener Krankenhaus verbracht werden. Nur zwei Kinder kamen mit dem Schrecken davon.

Hinterzarten, 6. Juli. **Einsamer Tod.** In der Nähe von Breitnau, etwa 500 Meter oberhalb der Wirtschaft „Zur Ravennaschlucht", wurde der Lehrer Martin Lorenz aus Harburg a. d. Elbe tot aufgefunden. Lorenz, der sich auf einer Schwarzwaldwanderung befunden hat, ist einem Schlaganfall erlegen. Am 26. Juni hatte Lorenz, der 54 Jahre alt geworden ist, St. Blasien, wo er sich wegen eines Nerven- und Herzleidens zur Kur aufgehalten hatte, verlassen, um nach einer Schwarzwaldwanderung in die Heimat zurückzukehren. Er hat die Wanderung in Titisee begonnen und ist dann auf dem Wege von der Gastwirtschaft „Zur Ravennaschlucht" nach dem Thurner von einem Unwohlsein befallen worden. Er hat sich dann etwas abseits in den Wald gelegt und dabei seinen Mantel und seine Jacke, sowie Kragen und Schlips abgelegt. Hier ist er dann einsam gestorben. Die Leiche wurde am Samstag von einem Hirtenbuben entdeckt; sie war schon stark in Verwesung übergegangen. Von den Angehörigen war bereits eine Vermißtenanzeige eingetroffen, aus der sich ergibt, daß man befürchtete, daß der sehr nervöse Lehrer Lorenz planlos umherirre.

Geislingen, Amt Waldshut, 6. Juli. **Drei Scheunen eingeäschert.** Am Samstag abend entstand im Oekonomiegebäude der Witwe Gantert Feuer, das auf die angebauten Oekonomiegebäude der Landwirte Friedrich Grießer und Gustav Weißenberger übergriff. Alle drei Gebäude wurden in Asche gelegt, nur das Vieh konnte gerettet werden. Dagegen verbrannte die frisch eingebrachte Heuernte.

Badisches Landestheater

Die letzte Woche der Spielzeit bringt an Wiederholungen in der Oper am Dienstag, den 7. Juli, „Die Zauberflöte" von Mozart und am Sonntag, den 12. Juli, Verdis „Aida". Im Schauspiel werden am Mittwoch, den 8. Juli, das Schauspiel „Voruntersuchung" wiederholt. Volksbühne-Aufführung mit Gerhart Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang" finden am Donnerstag, den 9., Freitag, den 10., und Montag, den 13. Juli, statt. — Am Samstag, den 11. Juli, geht als letzte Erstaufführung der Spielzeit der Schwank „Schwengels" von Fritz Peter Buch in Szene. Das lustige Stück schildert die Erlebnisse eines einfachen Vorarbeiters, der bei einem Preisausschreiben für einen guten Reklamevers den ersten Preis: Reise mit seiner Frau in ein fashionables Bad und vierzehntägigen Aufenthalt in einem dortigen Luxushotel gewinnt.

Gemeindepolitik

Graben

Voranschlagsberatung

Voranschlagsberatungen in heutiger wirtschaftlicher Not sind keine angenehme Unterhaltung und das ganz besonders in Gemeinden, in denen ein durch die Verhältnisse bedingter Fehlbetrag vorhanden ist, der durch aufzubringende Mittel wieder ausgeglichen werden muß. Bürgersteuer, Biersteuer und Biersteuererhöhung sind die Schlagworte, die heute von jedem verantwortlichen Bürger geläufig ausgesprochen werden. Das Wort Umlage hat nicht mehr seinen guten Klang, seit mit dem § 48 der Reichsverfassung Politik gemacht wird. Wie edel und großmütig müssen doch jene Männer sein, die die breite Masse an der Finanzgebarung der Gemeinden in solch hochherziger und demokratischer Weise teilnehmen läßt. 44 739 ℳ ist der Fehlbetrag, der durch Umlage (im vorjährigen Satz) durch Bürgersteuer, Erhöhung der Biersteuer, Erhöhung des Lichtstromes und durch die Auflage auf den Bürgergenuß gedeckt werden muß. Angenommen wurde der Voranschlag von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei, die noch besonderen Wert darauf legt, dies auch ihren Wählern in der am Ort erscheinenden Zeitung (Badische Hardt) bekannt zu geben. Was die Haltung der NSDAP. anbetrifft, so ist zu sagen, daß sie sich willig in die Ordnung der Dinge eingliederte, ganz im Gegensatz zu ihrer Einstellung während des Wahlkampfes, in dem sie ihren betörten Wählern das Blaue vom Himmel herunter versprach. Nun wird aber den Nazianhängern schon bei der ersten Gelegenheit des Wirkens ihrer Rathausfraktion ein Licht aufgehen und sie werden merken, daß zwischen Phrasen und Wirklichkeit ein großer Unterschied ist und daß im Reich Hitlers diese Worte Steuern und Abgaben noch keine der Vergangenheit angehörenden Begriffe sein werden.

Gemeinderatsbeschlüsse

Söllingen (Sitzung vom 1. Juli)

Mehrere Fürsorgegesuche (eines durch persönliches Vorsprechen) sind Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung. — Die Submissionsangebote für Grab- bzw. Rohrverlegungsarbeiten der gemeinsamen Wasserleitung Söllingen—Kleinsteinbach liegen vor. Den Zuschlag für die Gesamtarbeit erhält als Mindestfordernder Christian Weidlich, Singen, mit 2373 ℳ. Das Höchstgebot der Firme Chr. Beck betrug 3387.70 ℳ. — Der badische Brauereiverband gibt in einem Schreiben Kenntnis über die Vereinbarung betr. Ablieferung der Biersteuer. Der Gemeinderat erklärt sein Einverständnis hierzu. — Dem Ansinnen der Wirtin zum Prinz Karl um Gemeindezuschuß für den durch Hochwasser weggerissenen Fußsteg über die Pfinz bei ihrem Anwesen, kann nur dann zugestimmt werden, wenn Fußsteg und Zugangsweg als öffentlich-rechtlich von den Grundstückseigentümern anerkannt wird. — Laut bezirksamtlicher Verfügung soll der Voranschlag umgehend vom Bürgerausschuß verabschiedet werden. Die nötige Sitzung hierzu wird auf Montag, den 6. Juli, festgesetzt. Gleichzeitig wird Kenntnis genommen, daß die Kürzung der Gesamtgehälter der Gemeindebeamten laut letzter Notverordnung 1224 ℳ beträgt.

Letzte Nachrichten

Kein Geld für Rüstungszwecke

Die Erklärung, die Reichskanzler Dr. Brüning dem amerikanischen Botschafter abgab, hat folgenden Wortlaut:

Im Hinblick auf die in einigen Kreisen aufgetauchten Besorgnisse, die im deutschen Etat durch Erlaß der Reparationszahlungen freiwerdenden Summen könnten für eine Vermehrung der Rüstungen Verwendung finden, stelle ich fest, daß eine Vermehrung der Aufwendungen für Heer und Flotte weder beabsichtigt war noch stattfinden wird. Die gesamten Erleichterungen, die der Hoover-Plan Deutschland bringen wird, werden zur Deckung der zu erwartenden Einnahmeausfälle, zur Konsolidierung der finanziellen Verhältnisse und zur Rettung der deutschen Wirtschaft restlos benötigt und verwandt werden.

Das Washingtoner Staatsdepartement veröffentlicht einen diesbezüglichen Brief, der von Reichskanzler Dr. Brüning der amerikanischen Regierung übermittelt wurde, worin diese Versicherung bestätigt wird.

Die Ursache, daß solche Erklärungen verlangt wurden, liegt in der Rüstungstreiberei der Stahlhelmer und Nationalsozialisten.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 3. Juli: Mathilde Hoerth, 79 Jahre alt, ohne Beruf, ledig (Ettlingen). Johanna Klotz, 68 Jahre alt, ohne Beruf, ledig. Karl Hengst, 35 Jahre alt, Eisenbahnassistent, Ehemann. Erna Münch, 23 Jahre alt, Büro-Vorsteherin, ledig. Karoline Linder, geb. Hoch, 77 Jahre alt, Ehefrau von Jakob Linder, Privatmann. — 4. Juli: Johann Groß, 35 Jahre alt, Installationshelfer, Ehemann. Beerdigung am 7. Juli, 15 Uhr. Friedrich Schröder, 36 Jahre alt, Maschinenformer, Ehemann (Bietigheim). Olga Isensee, geb. Langenstein, 37 Jahre alt, Ehefrau von Wilh. Isensee, Verw.Sekr. — 5. Juli: Alfred, 1 Jahr, 8 Tage alt, Vater Alfred Giesinger, Schreiner (Söllingen). Hermann Sebold, 51 Jahre alt, Postschaffner a. D., Ehemann (Weingarten). Hermann Gutsch, 71 Jahre alt, Buchdruckereibesitzer, Ehemann. Feuerbestattung am 8. Juli, 12 Uhr. Sophie Grünhut, geb. Spiegel, 75 Jahre alt, Ehefrau von Simon Grünhut, Privatmann. Emil Lang, 63 Jahre alt, Packer, Ehemann. Beerdigung am 7. Juli, 11 Uhr.

GLORIA PALAST

Am Rondellplatz 24 / Telephon 5170

Nur 3 Tage von heute bis einschließlich Donnerstag

Das sehenswerte Stummfilm-Doppelprogramm

Gefahren der Brautzeit

Ein moderner Sittenfilm mit den Hauptdarstellern

MARLENE DIETRICH

bekannt aus „Der blaue Engel", Willy Forst, der liebenswürdige Poldi aus Atlantik, Ernst Stahl-Nachbaur, der große Charakterdarsteller, Lotte Lorring und Elza Temary

2. **Zum Gedenken der Bergleute** der grandiose Film mit sensationellen dramatischen Höhepunkten

Helden der Nacht

Das Hohelied vom Bergmann, der stündlich von Gefahren bedroht ist. — Ein Film von Treue und Kameradschaftlichkeit auf dem Schlachtfeld der Arbeit, den Kohlengruben, umwoben von einer schlichten, zarten Liebesgeschichte.

In der Hauptrolle: Douglas Fairbanks jun.

Schönes Beiprogramm

Anfang: 3.30 6.00 8.30 Uhr

Luftiger Theaterraum

Ermäßigte Sommerpreise von 90 bis 200 Pfg. Vorzugskarten, Erwerbslose u. Kleinrentner zahlen 50, 70 u. 100 Pfg. Abonnementshefte zu herabgesetzten Preisen. 5501

KAMMER LICHTSPIELE

Telephon-Anschluß 5170

Bezaubernd, charmant und wundervoll wie immer ist

Mady Christians

in der ab **heute** gezeigten Ton-Operette

Leutnant warst Du einst bei den Husaren

In den weiteren Hauptrollen: Georg Alexander, Gretl Theimer, Gustav Diessel, Max Ehrlich.

Eine köstliche, musikalische Komödie mit Lustigkeit, Fröhlichkeit, Liebe und Humor nach dem populären, vielgesungenen, gleichnamigen Schlagerlied von Robert Stolz

Im reichhaltigen tönenden und stummen Beiprogramm:

Alice macht das Rennen, Tonlustspiel
Zahnschmerzen, Stumm-Groteske
Bei den Fischern an der Ostsee, Kulturfilm
Ufa-Woche 26, Interessantes aus aller Welt. 5501

Anfang: 3.30 5.00 7.00 9.00 Uhr
Bekannt niedrige Sommerpreise von 70 bis 160 Pfg.
Kleinrentner, Erwerbslose und Vorzugskarten zahlen 45—120 Pfg.

Angenehm kühler Aufenthalt!

Die 6fache Spar-Zeilen-Schaltung der

CONTINENTAL SCHREIBMASCHINE

ermöglicht die volle Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Schreibraumes.

Erzeugnis der Wanderer-Werke Akt.-Ges.

Kostenlose Vorführung und nähere Informationen durch

Albert Beierlin
Continental-Büromaschinen
Karlsruhe
Moltkestraße 17 — Tel. 2650

Badisches Landestheater

Dienstag, 7. Juli
•G 30
Die
Zauberflöte
Von Mozart
Dirigent: Krips
Regie: Bruscha
Mitwirkende: Esselsgroth, Blank, Fischbach, Haberkorn, Reich-Dörich, Schöning, Winter, Hellmuth, Motschmann, Falke, Kalnbach, Hofpach, Kiefer, Löser, Rentwig, Schöpflin, Nagel
Anfang 20 Uhr
Ende 23 Uhr
Preise C (1.00—7.00 ℳ)
1328
Mi. 8. 7. Voruntersuchung. Do. 9. 7. Vor Sonnenaufgang. Fr. 10. 7. Vor Sonnenaufgang. Sa. 11. 7. Zum ersten Mal: Schwengels So. 12. 7. Aida. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung. Mo. 13. 7. Vor Sonnenaufgang.

5500

Preisabschlag

Wir empfehlen:

Frische Eier schwerste Ware per Stück . . . **9** Pfg.
Frische Eier schwere Ware per Stück . . **7** Pfg.
Tomaten reife Frucht Pfund . . . **24** Pfg.
Kartoffeln prima gelbe Pfälzer . . . . . per Pfund **7** Pfg.

Besonders vorteilhaft während der heißen Jahreszeit:

Obstwein Liter ohne Glas **35** Pfg.

Warenabgabe nur an Mitglieder!

Lebensbedürfnisverein

Konkurswaren-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 8. ds. Mts., vormittags 1/2 9 Uhr beginnend, versteigere ich Körnerstraße 18 einen größeren Posten

Kolonialwaren,

darunter auch Früchte- und Gemüsekonserven, Pflanzenrohfette und viele andere Gegenstände.

Der Konkursverwalter:
Johann Rist, Bücherrevisor, Hans-Thoma-Str. 5
Telefon 3300. 5488

Stadtgarten

Mittwoch, 8. Juli
Von 16—18 1/2 Uhr:
Streich-Konzert
ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung von Musikdirektor Emil Irrgang. 1332

Wir konnten ein wunderschönes, eichenes

Speisezimmer

sehr günstig erwerben. Solches besteht aus 1 Büfett mit Vitrinenaufsatz, hat abgerundete Ecken, Auszug mit Einlage. Hierzu kommt eine Kredenz, 1 Ausziehtisch, 4 Lederstühle auf Federpolsterung. Das Zimmer ist tadellos gearbeitet und kostet nur 5311

425.-

Möbel-Krämer
Karlsruhe, Kaiserstr. 30

3stöckig. Eckhaus

mit Laden, 7 Jahre steuerfrei in Amtsstadt Nähe Karlsruhe bei 7800 ℳ Anzahlung wegen Wegzug zu verkaufen. Dasselbe eignet sich für jedes Geschäft, auch Drogerie oder Apotheke, da solche nicht am Platze. Ang. unter Nr. 1512 an den Volksfreund.

Geld

zinsfrei unkündbar zum Bauen, Haus- u. Grundstückkauf, Ablösig usw. Auszahlung in einigen Monaten
Einzahlungs-Kredite
D. Baumann
Amalienstr. 24, Tel. 7887
Vertreter allerorts gesucht. 5471

Gas- und Stromgeldeinzug. 1331

Der seitherige 2-monatige Gas- und Stromgeld-Einzug für Juli-August muß dieses Jahr wegfallen. Da erfahrungsgemäß jedoch der Verbrauch im Juni, Juli und August fast allgemein sehr gering ist, werden diese 3 Monate in 2 Einzügen zu je 6 Wochen erledigt. Dadurch verändern sich die Zeiten der Standablesung und Rechnungsvorzeigung. Wir bitten hiervon Kenntnis zu nehmen. Das Wassergeld wird — wie seither — einmonatlich erhoben.

Karlsruhe, 4. Juli 1931.

Städt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitätsamt Karlsruhe.

Frack-, Smoking-, Gehrock-Anzüge verleiht 5489
Franz Heck, Gartenstr. 7

Nähmaschine 35 M. mit voller Garantie. Staab, Herrenstr. 6

Wanzen, Käfer, Ratten, Mäuse

vertilgt radikal mit Garantie und billiger Berechnung

Ungeziefer-Vertilgungs-Anstalt
Fr. Höllstern
Karlsruhe, Herrenstraße 5 - Telefon 5791

Arbeit und Geld!

Ganz neue Wege. — Reell, dauernd und gut lohnend. Angeb. unt. Nr. 5496 an den Volksfrd

Mietervereinigung K'ruhe (e. V.)

Geschäftsst. (nur f. briefl. Anfr.) Baumeisterstr. 52, Stb. IV.

Speisezimmer

Durch Barankauf haben wir aus einer Schreinerei ein wunderschönes Büfett mit Vitrinenaufsatz sowie eine genau dazupassende Kredenz in Eiche kaffeebraun gebeizt sehr günstig erworben, sodaß wir Ihnen solches zum Preise von

275.-

anbieten können. Für die Qualität dieser Stücke übernehmen wir langjährige Garantie. Wenn Sie sich ein modernes Zimmer zu niedrigstem Preise anschaffen wollen, so lassen Sie sich diese Gelegenheit nicht entgehen. Ihr gebrauchtes Zimmer nehmen wir in Zahlung.

Möbelhaus
Carl Baum & Co.
Erbprinzenstraße 30
Kein Laden.
Ständiges Lager über 100 Zimm. u. Küchen.
Teilzahlung.

Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Leistungen

Sie sparen, indem Sie die gebotenen **Vorteile** benützen. Wir überraschen Sie durch vielfach **ermäßigte, niedrigste Preise.** Viele günstige Gelegenheitskäufe, welche wir der vorgerückten Saison wegen machen konnten, zeigen wir Ihnen in blendender Auswahl.

B'mousseline, bedr.	von —.38 an	Haustuch, gebl., 150 cm	—.98
Zefir, ind.	„ —.38 „	Maccobatist, ind.	—.56
Natté, weiß und farbig	„ —.62 „	Bademantelstoff	2.90
Beiderwand	„ —.49 „	Bademäntel	von 6.50 an
Trachtencretonne, ind.	„ —.65 „	K'Seide, bedr.	—.75 —.65 —.50
W'mousseline	„ —.95 „	K'Seide, bedr., breit	1.95
Vollvoile, bedr.	„ 1.— „	Doupion, reine Seide, einfarbig	2.65
Doupion reine Seide, bedr.			2.50
K'Seide-Voile			2.25
„ -Marocain			3.25 2.75
„ -Georgette			4.25
„ -Trikot, 140 cm			3.—
Honan, bedr.			3.75
Foulard, reine Seide			2.25

Herren-Stoffe: Reinwoll. Kammgarn: der ganze Anzug Mk. **20.-** Mk. **30.-** Mk. **40.-**

Leipheimer & Mende

Fräul., 19 Jahre, sucht **Kost u. Logis** gegen Mithilfe im Haushalt und evtl. kl. Vergütg. Ang. unt 5497 a. d. Volksfrd.

3-Zimmer-Wohnung zu vermieten. 5499 Knielingen, Eisenbahnstraße 15, II

Möbliertes 5955 **Mansardenzimmer** wöchentlich 3.50 ℳ zu vermieten. Rintheimer Straße 3, III links.

Möbliert. Zimmer sofort oder später preiswert zu vermieten. Werderstr 31 III. 5492

Klappsportwagen zu verkaufen. 5498 Rüppurrer Str. 20, Hth II.

Guterhaltener **Tornister** zu kaufen gesucht Rheinstr. 10, part 5954

Hütte z. Einsatz eines Motorrad. mit Beiwagen geeignet, zu kaufen gesucht. Offert. m. Preisang. u. Nr 5499 an den Volksfreund.

Amtliche Bekanntmachungen

Oeffentliche Zahlungserinnerung.

Es sind zu entrichten auf:

1. Juli: die 2. Hälfte der Gebäudeversicherungsbeiträge. 1331

10. Juli: a) Die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer gemäß dem letzten Steuerbescheid nebst 10 v. H. Landeskirchensteuerzuschlag aus der Einkommensteuervorauszahlung.
b) Die Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer für das 2. Kalendervierteljahr 1931.

15. Juli: Die 2. Rate der Grund- und Gewerbesteuervorauszahlung für 1931 nebst 10 v. H. Landeskirchensteuerzuschlag.

An die Zahlung dieser Abgaben wird erinnert. Nicht rechtzeitig bezahlte Abgaben werden im Postnachnahmeverfahren eingezogen oder ohne besondere Mahnung beigetrieben.

Bargeldlose Zahlung unter vollständiger Angabe der Steuernummer wird empfohlen.

Karlsruhe, den 6. Juli 1931.

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Friedrich Töpper

staatl. Lotterie-Einnehmer der preuß.-südd.

Klassen-Lotterie

Karlsruhe, Kriegsstr. 3a
Ecke Rüppurrer Straße
Telephon 5286
und Filialen.

Wesentliche Erhöhung der Gewinnmöglichkeit, da Verdreifachung der Mittelgewinne bei gleicher Loszahl.

Ziehung IV. Klasse
am 13. und 14. Juli

Grundstücks-Zwangsversteigerung

5 VT. 14/31.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am

Samstag, den 22. August 1931, vormittags 9 Uhr,

in seinen Diensträumen in Karlsruhe, Kaiserstraße Nr. 184, 2. Stock, Zimmer Nr. 13, das Grundstück des Gesamtguts der ehelichen Gütergemeinschaft zwischen Jakob Hofmann, Photograph und dessen Ehefrau Käthchen geb. Gramlich in Karlsruhe, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 21. Mai 1931 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 21. Mai 1931 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschrieb:

Grundbuch Karlsruhe Band 227 Heft 19: Lgb. Nr. 4675: 4 a 09 qm Hofreite mit Gebäulichkeiten, Rheinstraße Nr. 12

Auf der Hofreite steht:
a) ein vierstöckiges Wohnhaus mit Schienenkeller,
b) ein vierstöckiger Wohnanbau rechts an a) ohne Keller,
c) ein zweistöckiges Seitenwohngebäude rechts an b) ohne Keller,
d) ein zweistöckiger Schuppen rechts,
f) ein einstöckiger Hühnerstall.

Schätzungswert:
a) ohne Zubehör 37 000 RM.
b) mit Zubehör 37 152 RM.

Karlsruhe, den 29. Juni 1931. 1330

Notariat V. Vollstreckungsgericht.

Praxisverlegung!

Dr. med. H. KAUFMANN
Augenarzt
jetzt
Kaiserstr. 215, I. St.
(bei der Hauptpost)
Zu allen Kassen zugelassen!
9 1/2—12 1/2 und 3—5 Uhr
Telefon 5481 5493

Deutscher Musikerverband
O.-V. Karlsruhe

Wir laden hiermit sämtl. Berufsmusiker, Musiklehrer und Chordirigenten von Karlsruhe und Umgegend ein, zu einer 5491

Oeffentlichen Versammlung

auf **Donnerstag, 9. Juli, früh 10 Uhr,** im Restaurant „Palmengarten", Herrenstraße 34a, zwecks Besprechung der Gründung einer

Chordirigenten - Schule.

J. A.: Guhr, 1. Vorsitzender

Plakate

in ein- und mehrfarbiger Herstellung liefert schnell und preiswert die Verlagsdruckerei Volksfreund GmbH., Karlsruhe, Waldstraße 28

Zwangs-Versteigerung.

4 VT 15/31.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am

Dienstag, den 25. August 1931, vormittags 9 Uhr,

in seinen Diensträumen in Karlsruhe, Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer 10, das Grundstück der Frau Luise Oberst geb. Oberle, Witwe des Glasermeisters Friedrich Oberst hier, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Nachweise über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen.

Die Versteigerungsanordnung wurde am 16. Juni 1931 im Grundbuch vermerkt. Rechte, die zur selben Zeit nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sie werden sonst im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

Grundstücksbeschrieb:

Grundbuch von Karlsruhe, Band 154, Heft 5:

Lgb. Nr. 3166: Schützenstr. 88:
Hofreite 2 a 62 qm
Hausgarten 1 a 47 qm.

Hierauf steht:
a) ein dreistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller,
b) ein einstöckiger Waschraum,
c) ein einstöckiger Querbau, Bäckerei und Schuppen.

Schätzung ohne Zubehör 40 000 RM.
Schätzung mit Zubehör 40 052 RM.

Karlsruhe, den 2. Juli 1931. 1329

Bad. Not. IV. Vollstreckungsgericht.

Arbeiter! Werbt für euere Zeitung!

Unser Programm

in **Wort** und **Bild**

Eine Folge von **140 Bildern**

Begleittext:
Das Heidelberger Programm der SPD
84 Seiten, modernefarb Photomontage

Mit einem Vorwort von
Hermann Müller
Reichskanzler a. D.

Was will die SPD.?

Zu haben
Für ganze 90 Pfennig
in der
Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe, Waldstraße 28